

13.4 Nicht verabschiedete Grundgesetz-Änderungsentwürfe

Stand: 31.3.2022

Im folgenden Abschnitt sind die im Deutschen Bundestag eingebrachten Entwürfe zur Änderung des Grundgesetzes aufgeführt, die entweder abgelehnt, wegen Ablaufes der Wahlperiode oder aus sonstigen Gründen nicht verabschiedet wurden bzw. nicht in Kraft getreten sind.

Innerhalb der einzelnen Wahlperioden sind die Gesetzentwürfe in der Reihenfolge der Artikelnummerierung des ersten der zu ändernden bzw. eingefügten Grundgesetzartikel geordnet.

12. Wahlperiode (1990–1994)

GG-Art.:	Art. 2
Titel:	Gesetz zur Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und zur Sicherung von Mindeststandards für Frauen zum Schwangerschaftsabbruch
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS/LL (BT-Drs. 12/898 vom 1.7.1991)
Inhalt:	Grundsätzliche Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs unter Aufhebung entsprechender Strafvorschriften, verfassungsrechtlicher Schutz der Entscheidungsfreiheit von Frauen beim Schwangerschaftsabbruch, Rechtsanspruch auf Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft, Normierung von Mindeststandards für die medizinische Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen, Verpflichtung der Landesbehörden zur flächendeckenden Bereitstellung von Einrichtungen für Schwangerschaftsabbrüche; Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 2 GG) als Art. 1 der Vorlage, Streichung der §§ 218 bis 219d und Änderung der §§ 5 und 203 Strafgesetzbuch, Änderung der §§ 53 und 97 Strafprozessordnung, der §§ 200f und 200g Reichsversicherungsordnung, des § 1 Lohnfortzahlungsgesetz und Streichung der Art. 3, 4 und 5 sowie Änderung von Art. 9 des 5. Strafrechtsreformgesetzes, Außerkrafttreten von DDR-Rechtsvorschriften zum Schwangerschaftsabbruch; Änderung Artikel 2 Grundgesetz
Letzter Stand:	99. Sitzung am 25.6.1992, 2. Beratung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (17:633:3)
GG-Art.:	Art. 2
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 2)
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS/LL (BT-Drs. 12/6648 vom 20.1.1994)
Inhalt:	Alleinige Entscheidung jeder Frau über Austragung oder Abbruch einer Schwangerschaft; Änderung Artikel 2 Grundgesetz
Letzter Stand:	230. Sitzung am 26.5.1994, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 2a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 2a)
Initiative:	Eingebracht von Abgeordneten der SPD, CDU/CSU, FDP, PDS/LL, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und fraktionslosen Abgeordneten (BT-Drs. 12/6708 vom 31.1.1994)
Inhalt:	Aufforderung zu Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn; Einfügung Artikel 2a Grundgesetz
Letzter Stand:	238. Sitzung am 30.6.1994, 3. Beratung: Nichtannahme in namentlicher Abstimmung (344:261:22) wegen Ablehnung weiterer Änderungsanträge in der 2. Beratung (Titeländerung, Ergänzung der Präambel nach dem Wort „Menschen“ um den Nebensatz 2 „auf Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn aller vertrauend“)
GG-Art.:	Art. 2a und 45d
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 12/5695 vom 20.9.1993)
Inhalt:	Aufnahme des Datenschutzes (Recht auf informationelle Selbstbestimmung) und des Rechts auf Informationsfreiheit in den Grundrechtskatalog; Schaffung des Amtes eines Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung parlamentarischer Kontrolle, Wahl durch den Bundestag, Amtsbefugnisse; Einfügung Art. 2a und Art. 45d Grundgesetz
Letzter Stand:	238. Sitzung am 30.6.1994, 2. Beratung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 8, 9, 11, 12, 33, 45d
Titel:	Gesetz gegen Rassismus und die Diskriminierung ausländischer Bürgerinnen und Bürger (Antirassismusetz)
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS/LL und der Fraktion der SPD (BT-Drs. 12/6245 vom 25.11.1993)
Inhalt:	Gesetzliche Regelung der Wiedergutmachung rassistisch motivierter Diskriminierung, Stärkung der Befugnisse der Ausländerbeauftragten; Bereinigung von 14 Gesetzen von diskriminierenden Regelungen, als Art. 3 des Gesetzes Änderung des Grundgesetzes; Änderung Art. 8, 9, 11, 12, 33 und Einfügung Art. 45d Grundgesetz
Letzter Stand:	230. Sitzung am 26.5.1994, 2. Beratung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 13, 14 und 73
Titel:	Zweites Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität (2. OrgKG)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD (BT-Drs. 12/6784 vom 4.2.1994)
Inhalt:	Einführung eines neuen Abs. 3 und Ergänzung von Abs. 4 in Art. 13 Grundgesetz: Eingriff mit technischen Mitteln in den geschützten Bereich der Wohnung zur Verfolgung besonders schwerer Straftaten nach Einwilligung eines von der Volksvertretung bestellten Organs und aufgrund gerichtlicher Anordnung; Ergänzung der Art. 14 und 73 Grundgesetz: Beschränkung der verfassungsrechtlichen Eigentumsgarantie bei Vermögen, die aus schweren Straftaten stammen oder dafür verwendet werden sollen; Änderung Art. 13, 14 und 73 Grundgesetz
Letzter Stand:	229. Sitzung am 20.5.1994, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 16
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16 und 24)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der CDU/CSU (BT-Drs. 12/2112 vom 18.2.1992)
Inhalt:	Möglichkeit der Zurückweisung ohne vorläufiges Bleiberecht von Asylbewerbern aus Staaten, in denen zweifelsfrei keine politische Verfolgung stattfindet, Möglichkeit der Zurückweisung und Überstellung von Asylbewerbern, die aus sicheren Drittstaaten einreisen; Änderung von Art. 24 Grundgesetz: Ermöglichung einer gleichberechtigten Teilhabe der Bundesrepublik Deutschland an Asylregelungen der EG bzw. der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen; Änderung Art. 16 und 24 Grundgesetz
Letzter Stand:	160. Sitzung am 26.5.1993, 2. Beratung: Vorlage für erledigt erklärt
GG-Art.:	Art. 24
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 24 Abs. 1 GG)
Initiative:	Bundsratsvorlage (BR-Drs. 920/9, BT-Drs. 12/549 vom 16.5.1991)
Inhalt:	Sicherung des Rechts der Länder im Prozess der europäischen Integration, Bindung der Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen an die Zustimmung des Bundesrates, Sicherstellung einer wesentlichen Einflussnahme der Länder auf die Willensbildung des Bundes in Angelegenheiten dieser Einrichtungen nach Maßgabe einer näheren gesetzlichen Regelung; Änderung Art. 24 Grundgesetz
Letzter Stand:	64. Sitzung am 5.12.1991, 1. Beratung: Ausschussüberweisung
GG -Art.:	Art. 24
Titel:	Gesetz zur klarstellenden Ergänzung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP (BT-Drs. 12/4107 vom 13.1.1993)
Inhalt:	Einsatz der Streitkräfte des Bundes bei friedenserhaltenden Maßnahmen aufgrund eines Beschlusses des VN-Sicherheitsrates oder im Rahmen von regionalen Abmachungen im Sinne der VN-Charta, bei friedensherstellenden Maßnahmen aufgrund der Kapitel VII und VIII der VN-Charta sowie in Ausübung des Rechts zur kollektiven Selbstverteidigung gem. Art. 51 der VN-Charta; Erfordernis der Zustimmung des Bundestages, im Falle der kollektiven Selbstverteidigung mit Zweidrittelmehrheit; Änderung Art. 24 Grundgesetz
Letzter Stand:	132. Sitzung am 15.1.1993, 1. Beratung: Ausschussüberweisung
GG -Art.:	Art. 24 und 87a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 24 und 87a)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD (BT-Drs. 12/2895 vom 23.6.1992)
Inhalt:	Einsatz von Angehörigen der Streitkräfte nur für friedenserhaltende Maßnahmen ohne Kampfauftrag im Rahmen der Vereinten Nationen sowie zur Bekämpfung von Umweltschäden, für humanitäre Hilfeleistungen und Maßnahmen der Katastrophenhilfe auf Anforderung der Vereinten Nationen oder betroffener Staaten.; Änderung Art. 24 und 87a Grundgesetz
Letzter Stand:	101. Sitzung am 22.7.1992, 1. Beratung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 24 und 87a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 24 und 87a)
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS/LL (BT-Drs. 12/3055 vom 21.7.1992)
Inhalt:	Keine Übertragung von Hoheitsrechten über den militärischen und nichtmilitärischen Einsatz von Streitkräften des Bundes; Einsatz der Streitkräfte des Bundes ausschließlich im Verteidigungsfall nach Art. 115a Abs. 1 GG; Änderung Art. 24 und 87a Grundgesetz
Letzter Stand:	101. Sitzung am 22.7.1992, 1. Beratung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 38
Titel:	Gesetz zur Änderung des Artikels 38 des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS/LL (BT-Drs. 12/5127 vom 15.6.1993)
Inhalt:	Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, Einbeziehung der Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren ihren ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben, in das aktive und passive Wahlrecht; Änderung Art. 38 Grundgesetz
Letzter Stand:	205. Sitzung am 20.1.1994, 2. Beratung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 54
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes über die Direktwahl des Bundespräsidenten/der Bundespräsidentin
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 12/6105 vom 10.11.1993)
Inhalt:	Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk, Wählbarkeit bei Wahlrecht zum Bundestag und Vollendung des 40. Lebensjahres, Kandidatur bei Erreichen von 5 v. H. der Stimmen der Bundesversammlung, zweiter Wahlgang bei Nichterreichen einer Stimmenmehrheit für einen Kandidaten; Änderung Art. 54 Grundgesetz
Letzter Stand:	238. Sitzung am 30.6.1994, 2. Beratung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 59, 77, 79, 82a, 93
Titel:	Gesetz zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid im Grundgesetz
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 12/3826 vom 25.11.1992)
Inhalt:	Eröffnung der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten zu einer Volksgesetzgebung durch Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene, Befassung des Parlaments mit einer Sachfrage aufgrund einer Initiative von 100 000 Stimmberechtigten, Volksbegehren auf Durchführung eines Volksentscheids bei Vorliegen von einer Million Unterschriften, Zustandekommen von Gesetzen durch einfache, bei Verfassungsänderungen durch Zweidrittelmehrheit, Zugang der Initiatoren zu den öffentlich-rechtlichen Medien; Änderung der Art. 59, 77, 79 und 93 sowie Einfügung eines Art. 82a Grundgesetz
Letzter Stand:	238. Sitzung am 30.6.1994, 2. Beratung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 73, 87f, 143b
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU, FDP und SPD (BT-Drs. 12/6717)
Inhalt:	Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlagen für die Privatisierung von Dienstleistungen im Bereich des Postwesens und der Telekommunikation; Änderung Art. 73, 87 sowie Einfügung Art. 87f und 143b Grundgesetz
Letzter Stand:	237. Sitzung am 29.6.1994, 2. Beratung: Zusammenführung mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung (BT-Drs. 12/7269; vgl. dazu Kapitel 13.2)

GG-Art.:	Art. 73, 74, 80, 87, 87e, 143a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP (BT-Drs. 12/4610)
Inhalt:	Bahnstrukturreform: Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlagen für die Neuordnung des Eisenbahnwesens, insbesondere zur Umwandlung der Bundeseisenbahnen in handelsrechtliche Gesellschaften, Übertragung des Personennahverkehrs auf die Länder, Verwaltungszuständigkeit des Bundes für den Verkehr auf den bisherigen Schienennetzen und Zuweisung von Bundesbahnbeamten zu den privatrechtlich organisierten Bundes-Eisenbahnen; Änderung der Art. 73, 74, 80 und 87 sowie Einfügung der Art. 87e und 143a Grundgesetz
Letzter Stand:	196. Sitzung am 2.12.1993, 2. Beratung: Zusammenführung mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung (BT-Drs. 12/5015; vgl. dazu Kapitel 13.2)
GG-Art.:	Art. 116
Titel:	Gesetz zur verfassungsrechtlichen Bestimmung des Bürgerbegriffs
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 12/2088 vom 13.2.1992)
Inhalt:	Gewährung der Bürgerrechte an Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren ihren Wohnsitz im Bundesgebiet haben, Gleichstellung der Bürger von EG-Mitgliedstaaten mit Bundesbürgern, Wiedergewährung der deutschen Staatsangehörigkeit für in der Zeit des Nationalsozialismus Ausgebürgerte auf Antrag; Änderung Art. 116 Grundgesetz
Letzter Stand:	89. Sitzung am 30.4.1992, 1. Beratung Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 146
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 146)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD (BT-Drs. 12/656 vom 4.6.1991)
Inhalt:	Festlegung des Sitzes von Parlament und Regierung durch Volksentscheid; Änderung Art. 146 Grundgesetz
Letzter Stand:	33. Sitzung am 19.6.1991, 2. Beratung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (237:357:4)
GG-Art.:	zahlreiche Art.
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD (BT-Drs. 12/6323 vom 1.12.1993)
Inhalt:	Über den von der Gemeinsamen Verfassungskommission vorgeschlagenen Rahmen hinausgehende Änderung des Grundgesetzes: Präambel betr. Willen zur Gerechtigkeit und Vollendung der inneren Einheit, Art. 2a (neu) betr. Datenschutz, Art. 3 betr. Behinderte und sexuelle Identität, Art. 4 betr. Kriegsdienstverweigerung, Art. 5 betr. Informationszugangsrecht, Art. 6 betr. Lebensgemeinschaften und Schutz Schwangerer sowie Grundrechte für Kinder, Art. 12a betr. Ziviler Ersatzdienst, Art. 20a (neu) betr. Förderung von Minderheiten, Art. 20b (neu) betr. Beschäftigungsförderung, Art. 20c (neu) betr. Schaffung von Wohnraum, Art. 20d (neu) betr. Gewährleistung der sozialen Sicherheit, Art. 20e (neu) betr. Bildungsförderung, Art. 20f (neu) betr. Tierschutz, Art. 26 betr. Friedenspolitik und Rüstungsexporte sowie Verbot von ABC-Waffen, Art. 45c betr. Massenpetitionen, Art. 45d (neu) betr. Bundesbeauftragter für Datenschutz, Art. 76 betr. Einbringung von Gesetzen durch Volksinitiative sowie Art. 82a (neu) betr. Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide; Änderung Präambel, Art. 3, 4, 5, 6, 12a, 26, 45c, 76 sowie Einfügung Art. 2a, 20a, 20b, 20c, 20d, 20e, 20f, 45d, 82a Grundgesetz
Letzter Stand:	238. Sitzung am 30.6.1994, 2. Beratung: Ablehnung des Gesetzentwurfs, Ablehnung jedes einzelnen Artikels in namentlicher Abstimmung (vgl. dazu im Einzelnen Kapitel 7.13: Namentliche Abstimmungen)

GG-Art.:	zahlreiche Art.
Titel:	Gesetz zur Verfassungsreform
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 12/6686 vom 27.1.1994)
Inhalt:	Weiterentwicklung des Grundgesetzes zur neuen deutschen Verfassung, insbesondere unter dem Aspekt der Wahrung des sozialen Friedens und der Bekämpfung antidemokratischer Tendenzen, u. a. Datenschutz, Frauengleichstellung und Diskriminierungsverbote für Homosexuelle und Behinderte im Verfassungsrang, Abschaffung der Wehrpflicht, selbständige Kinderrechte, Recht auf Bildung, Streichung der Weimarer Kirchenverfassung, Recht auf Arbeit und Wohnung, Garantie von Minderheitenrechten, Einrichtung eines ökologischen Rates, Stärkung der Friedensstaatlichkeit, Direktwahl des Bundespräsidenten, Einführung plebiszitärer Elemente und Erwerb der Bürgerrechte für Nicht-Deutsche nach fünfjährigem Aufenthalt; Änderung Art. 3, 4, 6, 7 sowie Einfügung Art. 2a, 9a, 12a, 12b, 13a, 16a, 20a Grundgesetz
Letzter Stand:	238. Sitzung am 30.6.1994, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	zahlreiche Art.
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20a, 20b, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a)
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU, FDP und SPD (BT-Drs. 12/6633 vom 20.1.1994)
Inhalt:	Umsetzung der von der Gemeinsamen Verfassungskommission beschlossenen, bisher noch nicht aufgenommenen Änderungen des Grundgesetzes: Art. 3 betr. Gleichberechtigungsgesetz, Art. 20a (neu) betr. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Art. 20b (neu) betr. Achtung von Minderheiten, Art. 28 betr. finanzielle Eigenverantwortung, Art. 29 betr. Länderneugliederung, Art. 72 und 74 betr. konkurrierende Gesetzgebung, Art. 75 betr. Rahmenkompetenz, Art. 76 und 77 betr. Gesetzgebung, Art. 80 betr. Rechtsverordnungen, Art. 87 betr. Landeszuständigkeit für Sozialversicherungsträger, Art. 93 betr. Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts, Art. 118a (neu) betr. Neugliederung der Länder Berlin und Brandenburg sowie Art. 125a betr. Fortgeltung von Bundesrecht als Landesrecht; Änderung Art. 3, 20a, 20b, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a Grundgesetz
Letzter Stand:	Vermittlungsvorschlag (BT-Drs. 12/8423): Aufspaltung in vier eigenständig zu behandelnde Geszentwürfe

GG-Art.:	zahlreiche Art.
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20a, 20b, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a)
Initiative:	Bundratsvorlage (BR-Drs. 886/93, BT-Drs. 12/7109 vom 17.3.1994)
Inhalt:	Umsetzung der von der Gemeinsamen Verfassungskommission beschlossenen, bisher noch nicht aufgenommenen Änderungen des Grundgesetzes: Art. 3 betr. Gleichberechtigungsgebot, Art. 20a (neu) betr. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Art. 20b (neu) betr. Achtung von Minderheiten, Art. 28 betr. finanzielle Eigenverantwortung, Art. 29 betr. Länderneugliederung, Art. 72 und 74 betr. konkurrierende Gesetzgebung, Art. 75 betr. Rahmenkompetenz, Art. 76 und 77 betr. Gesetzgebung, Art. 80 betr. Rechtsverordnungen, Art. 87 betr. Landeszuständigkeit für Sozialversicherungsträger, Art. 93 betr. Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts, Art. 118a (neu) betr. Neugliederung der Länder Berlin und Brandenburg sowie Art. 125a betr. Fortgeltung von Bundesrecht als Landesrecht; Änderung Artikel 3, 20a, 20b, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a Grundgesetz
Letzter Stand:	238. Sitzung am 30.6.1994, 2. Beratung: Vorlage für erledigt erklärt

13. Wahlperiode (1994–1998)

GG-Art.:	Art. 2
Titel:	Gesetz zur Sicherung der Unantastbarkeit der Grundrechte von Frauen – Ergänzung des Grundgesetzes (Artikel 2) und entsprechende Änderungen des Strafgesetzbuches
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (BT-Drs. 13/397 vom 7.2.1995)
Inhalt:	Verankerung des Selbstentscheidungsrechts der Frau über Austragung oder Abbruch einer Schwangerschaft in Art. 2 Grundgesetz; Änderung Art. 2 Grundgesetz
Letzter Stand:	47. Sitzung am 29.6.1995, 2. Beratung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (44:583:21)

GG-Art.:	Art. 3a, 17, 45b, 76, 78a, 79, 93
Titel:	Gesetz zur Ergänzung der parlamentarischen Demokratie durch unmittelbare Demokratie
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (BT-Drs. 13/9280 vom 27.11.1997)
Inhalt:	Verfassungsrechtliche Verankerung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden; Änderung der Art. 17, 76, 79 und 93, Einfügung der Art. 3a und 78a sowie Aufhebung von Art. 45b Grundgesetz
Letzter Stand:	216. Sitzung am 5.2.1998, 1. Beratung: Ausschussüberweisung; - Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung vom (BT-Drs. 13/11222 vom 26.1.1998): Ablehnungsvorschlag

GG-Art.:	Art. 6
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD (BT-Drs. 13/7104 vom 27.2.1997)
Inhalt:	Stärkung der Kinderrechte, insbesondere Recht auf Entfaltung ihrer Grundrechte und Verpflichtung der Eltern zur gewaltfreien Erziehung; Änderung Art. 6 Grundgesetz
Letzter Stand:	163. Sitzung am 13.3.1997, 1. Beratung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 6
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (BT-Drs. 13/8549 vom 23.9.1997)
Inhalt:	Aufnahme von Rechten für Kinder und Jugendliche, die deren Stellung als Grundrechtsträger und eigene Rechtspersönlichkeit sichern; Änderung Art. 6 und Einfügung Art. 6a Grundgesetz
Letzter Stand:	Bundestag – Gesetzentwurf
GG-Art.:	Art. 8, 9, 11, 12, 13, 45d
Titel:	Gesetz gegen Rassismus und Diskriminierung ausländischer Bürgerinnen und Bürger (Antirassismugesetz)
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (BT-Drs. 13/1466 vom 19.5.1995)
Inhalt:	Stärkung der verfassungsrechtlichen Stellung und Befugnisse der/des Ausländerbeauftragten; Wahl der/des Ausländerbeauftragten; Änderung Art. 8, 9, 11, 12, 33 und Einfügung Art. 45d Grundgesetz
Letzter Stand:	160. Sitzung am 27.2.1997, 2. Beratung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 12
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 12)
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (BT-Drs. 13/8573 vom 23.9.1997)
Inhalt:	Einfügung eines Rechts auf berufliche Ausbildung; Änderung Art. 12 Grundgesetz
Letzter Stand:	197. Sitzung am 9.10.1997, 1. Beratung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 20a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (BT-Drs. 13/8678 vom 2.10.1997)
Inhalt:	Aufnahme des Tierschutzes einschließlich der Unterbindung überflüssiger Tierversuche ins Grundgesetz; Änderung Art. 20a Grundgesetz
Letzter Stand:	203. Sitzung am 13.11.1997, 1. Beratung: Ausschussüberweisung; 205. Sitzung am 25.11.1997: nachträgliche Überweisung an Innenausschuss
GG-Art.:	Art. 20b
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Verankerung des Tierschutzes in der Verfassung)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 13/8249 vom 17.7.1997)
Inhalt:	Aufnahme des Tierschutzes als Staatszielbestimmung; Einfügung Art. 20b
Letzter Stand:	203. Sitzung am 13.11.1997, 1. Beratung: Ausschussüberweisung; 205. Sitzung am 25.11.1997: nachträgliche Überweisung an Innenausschuss.

GG-Art.:	Art. 20b
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD (BT-Drs. 13/8597 vom 25.9.1997)
Inhalt:	Aufnahme des Staatsziels „Tierschutz“ in das Grundgesetz; Einfügung Art. 20b Grundgesetz
Letzter Stand:	203. Sitzung am 13.11.1997, 1. Beratung: Ausschussüberweisung; 205. Sitzung am 25.11.1997: nachträgliche Überweisung an Innenausschuss
GG-Art.:	Art. 20b
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Staatsziel „Tierschutz“)
Initiative:	Bundratsvorlage (BR-Drs.142/97, BT-Drs. 13/9723 vom 29.1.1998)
Inhalt:	Aufnahme des Staatsziels „Tierschutz“ in das Grundgesetz; Einfügung Art. 20b Grundgesetz
Letzter Stand:	222. Sitzung 5.3.1998, 1. Beratung: Ausschussüberweisung; 241. Sitzung am 18.6.1998: Beratung über Bericht gem. § 62 Abs. 2 GOBT
GG-Art.:	Art. 26
Titel:	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes (Artikel 26)
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (BT-Drs. 13/2392 vom 21.9.1995)
Inhalt:	Umfassender Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf Herstellung, Besitz, Stationierung und Verwendung von ABC-Waffen sowie auf Mitsprache oder Mitverfügung über solche Waffen; Änderung Art. 26 Grundgesetz
Letzter Stand:	59. Sitzung am 29.9.1995, 1. Beratung: Ausschussüberweisung; Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (BT-Drs. 13/3933 vom 1.3.1996): Ablehnungsvorschlag
GG-Art.:	Art. 28
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 28)
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP (BT-Drs. 13/8340 vom 5.8.1997)
Inhalt:	Absicherung einer mit Hebesatzrecht versehenen wirtschaftskraftbezogenen Steuerquelle für Gemeinden (im Zusammenhang mit dem Wegfall der Gewerbekapitalsteuer); Änderung Art. 28 Grundgesetz
Letzter Stand:	189. Sitzung am 11.9.1997, 2. Beratung: Zusammenführung mit dem Gesetzentwurf (BT-Drs. 13/1685), verabschiedet in der Ausschussfassung (BT-Drs. 13/8488; vgl. dazu Kapitel 13.2) in namentlicher Abstimmung (vgl. dazu Kapitel 7.13)
GG-Art.:	Art. 28
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 13/9301 vom 26.11.1997)
Inhalt:	Einräumung des aktiven und passiven Wahlrechts für Ausländer aus Drittstaaten bei Kreistags- und Gemeindewahlen; Änderung Art. 28 Grundgesetz
Letzter Stand:	241. Sitzung am 18.6.1998, 1. Beratung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 28
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer)
Initiative:	Bundratsvorlage (BT-Drs. 13/9338 vom 3.12.1997)
Inhalt:	Einräumung des aktiven und passiven Wahlrechts für Ausländer aus Drittstaaten bei Kreistags- und Gemeindewahlen nach Maßgabe des Landesrechts; Änderung Art. 28 Grundgesetz
Letzter Stand:	241. Sitzung am 18.6.1998, 1. Beratung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 28, 106
Titel:	Gesetz zur Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform
Initiative:	Bundratsvorlage (BR-Drs. 385/97, BT-Drs. 13/8348 vom 6.8.1997)
Inhalt:	Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer ab 1.1.1998, Aussetzung der Erhebung der Gewerkekapitalsteuer in den neuen Ländern für 1997, Beteiligung der Gemeinden, Sicherung der Gewerbeertragssteuer sowie der finanziellen Eigenständigkeit der Gemeinden; Änderung Art. 28 und 106 Grundgesetz
Letzter Stand:	714. Sitzung des BR am 4.7.1997: Einbringung beim Bundestag in geänderter Fassung

GG-Art.:	Art. 33
Titel:	Gesetz zur Änderung des Artikels 33 des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 13/4730 vom 23.05.1996)
Inhalt:	Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder auf Zeit, gesetzliche Regelung des Beamtenverhältnisses ohne Berücksichtigung der „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“, insbesondere zum Abbau der Unterschiede zwischen Beamtenrecht und Tarifbereich; Änderung Art. 33 Grundgesetz
Letzter Stand:	116. Sitzung am 27.6.1996, 1. Beratung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 38
Titel:	Gesetz zur Änderung des Artikels 38 des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Gruppe der PDS (BT-Drs. 13/3519 vom 17.1.1996)
Inhalt:	Herabsetzung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre, Wahlrecht für Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren ihren ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben, passives Wahlrecht bei Eintritt der Volljährigkeit; Änderung Art. 38 Abs. 2 Grundgesetz
Letzter Stand:	1. Beratung am 31.10.1997, 201. Sitzung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 45c
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 45c)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 13/3571 vom 24.1.1996)
Inhalt:	Erweiterung der Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages auf „Bitten“; Änderung Art. 45c Grundgesetz
Letzter Stand:	167. Sitzung am 21.3.1997, 1. Beratung: Ausschussüberweisung; Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (BT-Drs. 13/11220 vom 26.6.1998): Ablehnungsvorschlag

GG-Art.:	Art. 48
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD (BT-Drs. 13/1824 vom 28.6.1995)
Inhalt:	Ausfüllung des Begriffs der „Angemessenheit“ der Abgeordnetenentschädigung, Ausrichtung an den Jahresbezügen eines Richters an einem obersten Bundesgericht, Festsetzung der Abgeordneten- und Altersentschädigung sowie der Amtsausstattung durch Bundesgesetz; ersatzlose Streichung des Rechts auf freie Benutzung aller staatlichen Verkehrsmittel; Änderung Art. 48 Abs. 3 Satz 2 und 3 des Grundgesetzes
Letzter Stand:	689. Sitzung des Bundesrates am 13.10.1995: Zustimmungsversagung des Bundesrates

GG-Art.:	Art. 59, 76, 77, 79 und 93 sowie Einfügung eines Art. 82a
Titel:	Gesetz zur Einführung von Volksantrag, Volksbegehren und Volksabstimmung im Grundgesetz
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 13/10261 vom 24.3.1998)
Inhalt:	Einführung von Volksabstimmung, Volksantrag und Volksbegehren auf Bundesebene, insbesondere zur Ermöglichung einer Gesetzgebung durch das Volk, Quorum für die möglichen Initiativen; Bundesabstimmungsgesetz als Art. 2 der Vorlage; Änderung § 13 Bundesverfassungsgerichtsgesetz; Änderung der Art. 59, 76, 77, 79 und 93 sowie Einfügung eines Art. 82a Grundgesetz
Letzter Stand:	244. Sitzung am 24.6.1998, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 106
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP (BT-Drs. 13/900 vom 27.3.1995) und textidentische Regierungsvorlage (BT-Drs. 13/1685 vom 13.6.1995)
Inhalt:	Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlage für eine Beteiligung der Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen als Ausgleich für die durch eine Gewerbesteuerreform entstehenden Steuerausfälle; Ergänzung von Art. 106 Abs. 3 Grundgesetz um einen Abs. 5a
Letzter Stand:	36. Sitzung am 12.5.1995, 3. Beratung: Nichtannahme in namentlicher Abstimmung (336:316:0) wegen Nichterreichens der erforderlichen Zweidrittelmehrheit

14. Wahlperiode (1998–2002)

GG-Art.:	Art. 6
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 6, Kinderrechte)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der PDS (BT-Drs. 14/7818 vom 12.12.2001)
Inhalt:	Recht der Kinder auf Entwicklung und Entfaltung, Pflicht der Eltern zu Pflege und Erziehung der Kinder, Förderung kindgerechter Lebensbedingungen durch die staatliche Gemeinschaft; Änderung Art. 6 Grundgesetz
Letzter Stand:	216. Sitzung am 1.2.2002, 1. Beratung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 12a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 12a)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (BT-Drs. 14/1728 (neu) vom 6.10.1999)
Inhalt:	Beseitigung des Verbots für Frauen, Dienst an der Waffe zu leisten; Änderung Art. 12a Grundgesetz
Letzter Stand:	69. Sitzung am 11.11.1999, 1. Beratung: Ausschussüberweisung; Beschlussempfehlung (BT-Drs. 14/4420); Vorlage für erledigt erklärt am 27.10.2000

GG-Art.:	Art. 15
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 15)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (BT-Drs. 14/6962 vom 25.9.2001)
Inhalt:	Aufhebung von Art. 15 Grundgesetz (Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln); Streichung Art. 15 Grundgesetz
Letzter Stand:	Keine Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 20, 76, 79, 93
Titel:	Gesetz über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (dreistufige Volksgesetzgebung)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der PDS (BT-Drs. 14/1129 vom 9.6.1999)
Inhalt:	Einführung plebiszitärer Elemente zur Entwicklung einer Teilhabedemokratie, verfassungsrechtliche Verankerung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid als dreistufige Volksgesetzgebung; Änderung der Art. 20, 76, 79 und 93 Grundgesetz, Gesetz über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid als Art. 2 der Vorlage.
Letzter Stand:	87. Sitzung am 17.2.2000, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 20a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Verankerung des Tierschutzes in der Verfassung)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (BT-Drs. 14/207 vom 14.12.1998)
Inhalt:	Verankerung des Tierschutzes als Staatszielbestimmung im Grundgesetz; Änderung von Art. 20a Grundgesetz
Letzter Stand:	237. Sitzung am 17.5.2002, 2. Beratung: Vorlage für erledigt erklärt

GG-Art.:	Art. 20a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der PDS (BT-Drs. 14/279 vom 19.1.1999)
Inhalt:	Klarstellung, dass der Tierschutz zu den grundgesetzlich geschützten Gütern gehört; Änderung Art. 20a Grundgesetz
Letzter Stand:	237. Sitzung am 17.5.2002, 2. Beratung: Vorlage für erledigt erklärt

GG-Art.:	Art. 20a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Staatsziel Tierschutz)
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 14/8360 vom 23.4.2002)
Inhalt:	Grundgesetz: Ergänzung des Staatsziels „Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen“ um den Tierschutz; Änderung von Art. 20a
Letzter Stand:	237. Sitzung am 17.5.2002, 2. Beratung: Vorlage für erledigt erklärt
GG-Art.:	Art. 20a, 20b
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Staatsziel Tierschutz)
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 14/282 vom 19.1.1999)
Inhalt:	Einfügung eines Art. 20b Grundgesetz: Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel, Änderungen aufgrund der Ausschussempfehlung: Erweiterung Art. 20a Grundgesetz um die Wörter „und die Tiere“; Änderung Art. 20a und Einfügung Art. 20b Grundgesetz
Letzter Stand:	99. Sitzung am 13.4.2000, 2. und 3. Beratung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (391:205:6) (notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht)
GG-Art.:	Art. 20b
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Bundratsvorlage (BT-Drs. 14/758 vom 14.4.1999)
Inhalt:	Aufnahme des Staatsziels „Tierschutz“ in das Grundgesetz; Einfügung Art. 20b Grundgesetz
Letzter Stand:	237. Sitzung am 17.5.2002, 2. Beratung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 26
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 26 Abs. 1, Antifaschistische Klausel)
Initiative:	Eingebracht von Abgeordneten (PDS) und der Fraktion der PDS (BT-Drs. 14/5127 vom 22.1.2001)
Inhalt:	Einführung einer Klausel, wonach Handlungen zur Vorbereitung eines Angriffskrieges oder zur Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankenguts verfassungswidrig und strafbar sind; Änderung Art. 26 Grundgesetz
Letzter Stand:	153. Sitzung am 16.2.2001, 1. Beratung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 28
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Bundratsvorlage (BR-Drs. 515/97, BT-Drs. 13/9338 vom 3.12.1997)
Inhalt:	Änderung von Art. 28 Grundgesetz: Einräumung des aktiven und passiven Wahlrechts für Ausländer aus Drittländern bei Kreistags- und Gemeindewahlen nach Maßgabe des Landesrechts Änderung von Art. 28 Grundgesetz
Letzter Stand:	241. Sitzung am 18.6.1998, 1. Beratung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 45c
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 45c)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der PDS (BT-Drs. 14/5763 vom 3.4.2001)
Inhalt:	Ermächtigung, die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages durch Gesetz zu regeln; Änderung Art. 45c Grundgesetz
Letzter Stand:	242. Sitzung am 13.6.2002, 2. Beratung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 48
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 48 Abs. 3)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (BT-Drs. 14/4127 vom 26.9.2000)
Inhalt:	Festlegung der Höhe der Abgeordnetenentschädigung von einer unabhängigen, vom Bundespräsidenten einzusetzenden Sachverständigenkommission; Ergänzung von Art. 48 Abs. 3 Grundgesetz:
Letzter Stand:	127. Sitzung am 26.10.2000, 1. Beratung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 76, 79, 82a bis 82d
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid in das Grundgesetz)
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 14/8503 vom 13.3.2002)
Inhalt:	Einführung direkter Bürgerbeteiligungsrechte auf Bundesebene in Form von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid als dreistufiges Verfahren der Volksgesetzgebung; Änderung der Art. 76 und 79 sowie Einfügung der Art. 82a bis 82d Grundgesetz:
Letzter Stand:	240. Sitzung am 7.6.2002, 2. und 3. Beratung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (348:199:2)

15. Wahlperiode (2002–2005)

GG-Art.:	Art. 23
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23) zur Einführung eines Volksentscheids über eine europäische Verfassung
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (BT-Drs. 15/1112 vom 4.6.2003)
Inhalt:	Einführung eines Volksentscheids zur Annahme des Vertrags einer europäischen Verfassung (Annahme bei einer Mehrheit von 25 v. H. aller wahlberechtigten Bürger); Änderung Art. 23 Grundgesetz
Letzter Stand:	72. Sitzung am 6.11.2003, 2. Beratung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (50:528:6)
GG-Art.:	Art. 23
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23) zur Einführung eines Volksentscheids über eine europäische Verfassung
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (BT-Drs. 15/2998 vom 28.4.2004)
Inhalt:	Einführung eines Volksentscheids zur Annahme des Vertrags einer europäischen Verfassung (Annahme bei einer Mehrheit von 25 v. H. aller wahlberechtigten Bürger); Änderung Art. 23 Grundgesetz
Letzter Stand:	172. Sitzung am 21.4.2005, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 28, 31, 84
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 28, 31 und 84)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (BT-Drs. 15/5357 vom 20.4.2005)
Inhalt:	Absicherung der Kommunen vor einem Aufgabendurchgriff des Bundes durch Einführung eines Konnexitätsprinzips, Verminderung zustimmungsbedürftiger Gesetzgebungsverfahren durch grundsätzliche Einräumung landesgesetzlicher Regelungen in Abweichung von bundesgesetzlichen Vorgaben; Änderung Art. 28, 31 und 84 Grundgesetz
Letzter Stand:	179. Sitzung am 3.6.2006, 1. Beratung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 28, 106
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Kommunale Finanzreform)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (BT-Drs. 15/1247 vom 25.6.2003)
Inhalt:	Neuordnung der Finanzausstattung der Gemeinden durch Einführung einer Kommunalsteuer in Form eines einheitlichen prozentualen Zuschlags auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer, der von der Gemeinde eigenständig festgelegt wird, wesentliche Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer; Änderung Art. 28 und 106 Grundgesetz
Letzter Stand:	67. Sitzung am 17.10.2003, 2. Beratung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung – die für eine Grundgesetzänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht (46:552:0)
GG-Art.:	Art. 28, 106
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Gemeindefinanzreform)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (BT-Drs. 15/3232 vom 26.5.2004)
Inhalt:	Konjunkturunabhängige Finanzgrundlage der Gemeinden durch Abschaffung der Gewerbesteuer, wesentliche Erhöhung des Mehrwertsteueranteils der Gemeinden und Umwandlung des Gemeindeanteils an der Lohn- und Einkommensteuer in eine Kommunalsteuer, Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz; Änderung Art. 28 und 106 Grundgesetz
Letzter Stand:	148. Sitzung am 16.12.2004, 1. Beratung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 35, 87a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 35 und 87a)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der CDU/CSU (BT-Drs. 15/2649 vom 9.3.2004)
Inhalt:	Einsatz der Bundeswehr im Falle terroristischer Bedrohung zum Schutz ziviler Objekte auf Anforderung eines Landes, wenn Polizeikräfte zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht mehr ausreichen, Klarstellung, dass Amtshilfe durch die Bundeswehr nicht nur bei eingetretenen schweren Unglücksfällen oder Katastrophen zulässig ist, sondern bereits im Bedrohungsfall, Klarstellung, dass Streitkräfte zur Abwehr von Gefahren aus der Luft und von See her auch dann eingesetzt werden dürfen, wenn dies zur wirksamen Bekämpfung solcher Gefahren nötig ist; Änderung Art. 35 und 87a Grundgesetz
Letzter Stand:	115. Sitzung am 18.6.2004, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 35, 87a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 35 und 87a)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der CDU/CSU (BT-Drs. 15/4658 vom 18.1.2005); Wiedervorlage des abgelehnten textgleichen Gesetzentwurfes (BT-Drs. 15/2649)
Inhalt:	Einsatz der Bundeswehr im Falle terroristischer Bedrohung zum Schutz ziviler Objekte auf Anforderung eines Landes, wenn Polizeikräfte zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht mehr ausreichen, Klarstellung, dass Amtshilfe durch die Bundeswehr nicht nur bei eingetretenen schweren Unglücksfällen oder Katastrophen zulässig ist, sondern bereits im Bedrohungsfall, Klarstellung, dass Streitkräfte zur Abwehr von Gefahren aus der Luft und von See her auch dann eingesetzt werden dürfen, wenn dies zur wirksamen Bekämpfung solcher Gefahren nötig ist: Änderung Art. 35 und 87a Grundgesetz
Letzter Stand:	155. Sitzung am 28.1.2005, 1. Beratung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 48
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 48 Abs. 3)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (BT-Drs. 15/751 vom 2.4.2003)
Inhalt:	Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlage für eine vom Bundespräsidenten zu berufende, unabhängige Sachverständigenkommission zur Ermittlung und Festsetzung der angemessenen Abgeordnetenentschädigung Änderung Art. 48 Grundgesetz
Letzter Stand:	139. Sitzung am 12.11.2004, 2. Beratung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 92, 108
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 92 und 108)
Initiative:	Bundratsvorlage (BR-Drs. 543/04, BT-Drs. 15/4108 vom 3.11.2004)
Inhalt:	Öffnungsklausel zur Ermöglichung einer Zusammenlegung von Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichten auf Landesebene; Änderung Art. 92 und 108 Grundgesetz
Letzter Stand:	148. Sitzung am 16.12.2004, 1. Beratung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 105, 106
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 105 und 106)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (BT-Drs. 15/5358 vom 20.4.2005)
Inhalt:	Ertragshoheit der Länder für die Grundsteuer, Abschaffung der seit 1995 nicht mehr erhobenen Vermögensteuer, aufkommensneutraler Tausch der Kraftfahrzeugsteuer und der Versicherungssteuer zwischen Bund und Ländern; Änderung der Art. 105 und 106 Grundgesetz
Letzter Stand:	179. Sitzung am 3.6.2005, 1. Beratung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 106b
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Einfügung eines Artikels 106b)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der CDU/CSU (BT-Drs. 15/1527 vom 8.9.2003)
Inhalt:	Aufgabenspezifische Finanzierungsregelung (Ausgleichspflicht des Bundes) im Zusammenhang mit der Einführung eines einheitlichen Systems der Erwerbsintegration von Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfängern in kommunaler Trägerschaft; Einfügung Art. 106b Grundgesetz
Letzter Stand:	67. Sitzung am 17.10.2003, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 106b
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Bundratsvorlage (BR-Drs. 653/03, BT-Drs. 15/2136 vom 3.12.2003)
Inhalt:	Aufgabenspezifische Finanzierungsregelung (Ausgleichspflicht des Bundes) im Zusammenhang mit der Einführung eines einheitlichen Systems der Erwerbsintegration von Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfängern in kommunaler Trägerschaft; Einfügung Art. 106b Grundgesetz
Letzter Stand:	86. Sitzung am 15.1.2004, 1. Beratung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 109a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Aufnahme von Stabilitätskriterien in das Grundgesetz)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (BT-Drs. 15/3721 vom 22.9.2004)
Inhalt:	Verpflichtung von Bund, Ländern und Gemeinden zur Begrenzung ihrer Defizite auf unter drei v. H. sowie zur Begrenzung des öffentlichen Schuldenstands auf unter 60 v. H. des Bruttoinlandsprodukts (Kriterien des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts).
Letzter Stand:	181. Sitzung am 16.6.2005, 2. Beratung: Ablehnung

16. Wahlperiode (2005–2009)

GG-Art.:	Art. 2a, 5a, 13a, 19
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 2a, 5a, 13a, 19)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 16/9607 vom 18.6.2008)
Inhalt:	Einführung von Grundrechten im Bereich der neuen Technologien, Gewährleistung von Selbstbestimmung über persönliche Daten, freier Zugang zu staatlichen Informationssammlungen, Schutz informationstechnischer Systeme, absoluter Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung; Einfügung Art. 2a, 5a und 13a, Änderung Art. 19 Grundgesetz
Letzter Stand:	225. Sitzung am 29.5.2009, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 3, 6, 9, 16a und 3a bis 3e
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Aufnahme sozialer Grundrechte in das Grundgesetz)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 16/13791 vom 14.7.2009)
Inhalt:	Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips durch Aufnahme sozialer Grundrechte: Ausweitung des Diskriminierungsverbots auf Alter, sexuelle Identität und genetische Disposition, Einfügung der Grundrechte auf Arbeit, bedarfsorientierte soziale Sicherung, Wohnung und Versorgung mit Wasser und Energie, Achtung und Schutz der Gesundheit einschließlich Nutzung der Gesundheitsinfrastruktur sowie Bildung; Kindergrundrechte; einschränkungsfreies Streikrecht sowie Wiederherstellung des ursprünglichen Grundrechtes auf Asyl unter Anlehnung an die Genfer Flüchtlingskonvention; Einfügung Art. 3a bis 3e sowie Änderung Art. 3, 6, 9 und Neufassung Art. 16a Grundgesetz
Letzter Stand:	Nicht beraten.

GG-Art.:	Art. 3, 15, 19 und 109, 20b und 20c
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 16/12375 vom 20.3.2009)
Inhalt:	Verbesserung der Klarheit und Erkennbarkeit des Sozialstaatsprinzips durch Konkretisierung von Mindestinhalten und weiteren Gehalten der sozialstaatlichen Ordnung: Verpflichtung zu Gerechtigkeit und Solidarität sowie zum Ausgleich sozialer Gegensätze und Nachteile, Diskriminierungsverbot betr. „soziale Stellung“, Ausweitung der Vergesellschaftungsmöglichkeit auf Banken und Versicherungen, Sozialisierungsgebote und Privatisierungsverbote im Bereich Daseinsvorsorge, weitere Regelungen im Bereich Privatisierung, Rechtsschutz, Vorgaben für die Haushaltsführung von Bund und Ländern; Änderung der Präambel sowie der Art. 3, 15, 19 und 109, Einfügung Art. 20b und 20c sowie Folgeänderungen in sechs weiteren Artikeln Grundgesetz
Letzter Stand:	Nicht beraten.

GG-Art.:	Art. 7
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 7 Abs. 5)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (BT-Drs. 16/10235 vom 16.9.2008)
Inhalt:	Abschaffung der Beschränkungen zur Gründung privater Grundschulen, Aufhebung der Ungleichbehandlung gegenüber anderen Schulen in freier Trägerschaft oder staatlichen Schulen; Aufhebung Art. 7 Abs. 5 Grundgesetz
Letzter Stand:	203. Sitzung am 31.1.2009, 1. Beratung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 15
Titel:	Gesetz zur Abschaffung der Sozialisierung
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (BT-Drs. 16/3301 vom 8.11.2006)
Inhalt:	Abschaffung der in Art. 15 Grundgesetz geregelten Möglichkeit der Überführung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln in Gemeineigentum; Streichung Art. 15 Grundgesetz
Letzter Stand:	224. Sitzung am 28.5.2009, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 20b
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Staatsziel Kultur)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (BT-Drs. 16/387 vom 18.1.2006)
Inhalt:	Schutz und Förderung der Kultur als Staatszielbestimmung; Einfügung eines Art. 20b Grundgesetz
Letzter Stand:	228. Sitzung am 19.6.2009, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 20b, 109
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes zur Verankerung der Generationengerechtigkeit (Generationengerechtigkeitsgesetz)
Initiative:	Eingebracht von mehreren Abgeordneten verschiedener Fraktionen (BT-Drs. 16/3399 vom 9.11.2006)
Inhalt:	Verankerung der Generationengerechtigkeit als Teil des Nachhaltigkeitskonzeptes im Grundgesetz, Berücksichtigung der Generationengerechtigkeit beim politischen Handeln, kein Verschieben von heutigen Lasten, z.B. bei den Schulden der öffentlichen Haushalte oder den Kosten der Sozialversicherungen, in die Zukunft, schonender Umgang mit Ressourcen, insbesondere in der Umwelt- und Energiepolitik, keine Verschiebung von Zukunftsinvestitionen, besonders bei Bildung und Forschung; Einfügung Art. 20b und Änderung Art. 109 Grundgesetz
Letzter Stand:	118. Sitzung am 11.10.2007, 1. Beratung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 23
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 16/7375 vom 29.11.2007)
Inhalt:	Einführung von Volksentscheiden über Änderungen der vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union; Änderung Art. 23 Grundgesetz
Letzter Stand:	157. Sitzung am 24.4.2008, 2. Beratung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (53:515:4)

GG-Art.:	Art. 23, 45, 93
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23, 45 und 93)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 16/13928 vom 21.8.2009)
Inhalt:	Neuausrichtung der Beteiligungsrechte der nationalen Gesetzgebungsorgane am europäischen Integrationsprozess; Änderung Art. 23, 45 und 93 Grundgesetz
Letzter Stand:	233. Sitzung am 8.9.2009, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 28
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Kommunales Ausländerwahlrecht)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 16/6628 vom 10.10.2007)
Inhalt:	Einräumung des aktiven und passiven Wahlrechts für Ausländer aus Drittländern bei Kreistags- und Gemeindewahlen nach Maßgabe des Landesrechts; Änderung von Art. 28 Grundgesetz
Letzter Stand:	224. Sitzung am 28.5.2009, 2. Beratung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (88:437:6)

GG-Art.:	Art. 38
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 38)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 16/12344 vom 19.3.2009)
Inhalt:	Herabsetzung des Wahlalters für das aktive Wahlrecht auf das vollendete 16. Lebensjahr; Änderung Art. 38 Grundgesetz
Letzter Stand:	230. Sitzung am 2.7.2009, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 45c
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 45c)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 16/10397 vom 26.9.2008)
Inhalt:	Allgemeinere Neufassung der Gesetzgebungsermächtigung betr. Petitionsausschuss, Aufhebung der Beschränkung auf Beschwerden; Änderung Art. 45c Abs. 2 Grundgesetz
Letzter Stand:	205. Sitzung am 12.2.2009, 1. Beratung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 48
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 48 Abs. 3)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (BT-Drs. 16/118 vom 30.11.2005)
Inhalt:	Einfügung Satz 2 in Art. 48 Abs. 3 Grundgesetz betr. Festlegung der Höhe der Abgeordnetenentschädigung durch eine unabhängige, vom Bundespräsidenten einzusetzende Sachverständigenkommission; Änderung Art. 48 Grundgesetz
Letzter Stand:	117. Sitzung am 16.11.2007, 2. Beratung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 48
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 48 Abs. 3)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (BT-Drs. 16/9055 vom 6.5.2008)
Inhalt:	Schaffung der rechtlichen Grundlage für eine vom Bundespräsidenten zu berufene, unabhängige Sachverständigenkommission zur Ermittlung und Festsetzung der angemessenen Abgeordnetenentschädigung; Ergänzung Art. 48 Abs. 3 GG; Änderung Art. 48 Grundgesetz
Letzter Stand:	161. Sitzung am 9.5.2008, 1. Beratung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 76, 77, 78, 79
Titel:	Gesetz zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid in das Grundgesetz
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (BT-Drs. 16/474 vom 25.1.2006)
Inhalt:	Einführung direkter Bürgerbeteiligung auf Bundesebene durch Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid; Änderung Art. 76 bis 79 Grundgesetz
Letzter Stand:	217. Sitzung am 23.4.2009, 2. Beratung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 76, 77, 78, 79
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 16/680 vom 15.2.2006)
Inhalt:	Einführung unmittelbarer Bürgerbeteiligung auf Bundesebene durch Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid; Änderung Art. 76 bis 79 Grundgesetz
Letzter Stand:	217. Sitzung am 23.4.2009, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 76, 77, 79, 82, 93, 82a, 82b, 82c, 82d
Titel:	Gesetz zur Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung in das Grundgesetz
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 16/1411 vom 9.5.2006)
Inhalt:	Einführung direkter Einflussmöglichkeiten der Bürger auf politische Entscheidungen durch Einführung einer dreistufigen Volksgesetzgebung; Änderung der Art. 76, 77, 79, 82 und 93 sowie Einfügung der Art. 82a bis 82d Grundgesetz.
Letzter Stand:	217. Sitzung am 23.4.2009, 2. Beratung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 87d
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 87d)
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen CDU/CSU und SPD (BT-Drs. 16/12280 vom 17.3.2009)
Inhalt:	Schaffung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die deutsche Beteiligung an der Herstellung eines Einheitlichen Europäischen Luftraumes: Zuordnung der Luftverkehrsverwaltung als Hoheitsaufgabe allgemein zur Bundesverwaltung, Öffnungsklausel für entgegenstehendes EU-Recht betr. Zulässigkeit mittelbarer Bundesverwaltung und Beleihung Privater; Möglichkeit einer Ausgliederung von Unterstützungsdiensten der Flugsicherung aus der Hoheitsverwaltung des Bundes; Änderung Art. 87d Grundgesetz.
Letzter Stand:	224. Sitzung am 28.5.2009, 2. Beratung: Zusammenführung mit Gesetzentwurf der Bundesregierung (BT-Drs. 16/13105; vgl. dazu Kapitel 13.2), Annahme in der Ausschussfassung (BT-Drs. 16/13217)
GG-Art.:	Art. 92, 108
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 92 und 108)
Initiative:	Bundesratsvorlage (BR-Drs. 46/06, BT-Drs. 16/1034 vom 23.3.2006)
Inhalt:	Öffnungsklausel zur Ermöglichung einer Zusammenlegung von Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichten auf Landesebene; Änderung der Art. 92 und 108 Grundgesetz
Letzter Stand:	Dem Bundestag zugeleitet, nicht beraten. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.
GG-Art.:	Art. 93
Titel:	Gesetz zur Sicherung der Oppositionsrechte (Änderung des Artikels 93 Abs. 1 des Grundgesetzes)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (BT-Drs. 16/126 vom 1.12.2005)
Inhalt:	Änderung Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 des Grundgesetzes, Recht auf Beantragung einer abstrakten Normenkontrolle beim Bundesverfassungsgericht durch ein Viertel der Mitglieder des Bundestages, entsprechende Änderungen in den §§ 13 Nr. 6 und 76 Abs. 1 Bundesverfassungsgerichtsgesetz; Änderung Art. 93 Grundgesetz
Letzter Stand:	83. Sitzung am 2.3.2007, 1. Beratung: Ausschussüberweisung
G-Art.:	Art. 98a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 98a)
Initiative:	Bundesratsvorlage (BR-Drs. 149/07, BT-Drs. 16/5724 vom 20.6.2007)
Inhalt:	Reform des Gerichtsvollzieherwesens zur Effektivierung der Zwangsvollstreckung, Schaffung einer eindeutigen verfassungsrechtlichen Grundlage zur Übertragung von Aufgaben der beamteten Gerichtsvollzieher auf Beliehene; Einfügung Art. 98a Grundgesetz
Letzter Stand:	Dem Bundestag zugeleitet, nicht beraten. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.

GG-Art.:	Art. 98a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 98a)
Initiative:	Bundratsvorlage (BR-Drs. 108/08, BT-Drs. 16/9022 vom 30.4.2008)
Inhalt:	Schaffung der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit einer Übertragung von Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit auf Notare als justiznahe Amtsträger durch einen Ausnahmetatbestand zum Funktionsvorbehalt des Art. 33 Abs. 4 GG, Verbleib der rechtsprechenden Gewalt bei Richtern (Art. 92 GG); Einfügung Art. 98a Grundgesetz
Letzter Stand:	Dem Bundestag zugeleitet, nicht beraten. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.
GG-Art.:	Art. 109, 115
Titel:	Gesetz zur Sicherung der Handlungsfähigkeit von Haushaltspolitik in der Zukunft
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 16/5955 vom 4.7.2007)
Inhalt:	Neuausrichtung der institutionellen Rahmenbedingungen, insbes. Koppelung der erlaubten Ausgaben an die Entwicklung der Einnahmen zur Schaffung eines über einen Konjunkturzyklus ausgeglichenen Haushalts (Modell der Schweizer Schuldenbremse), darüber hinausgehende Möglichkeit der Kreditfinanzierung von Nettoinvestitionen und Ausgaben in besonderen Ausnahmefällen (insbes. schwere Naturkatastrophen und Unglücksfälle) bei Zweidrittelmehrheit im Bundestag; Änderung Art. 109 und 115 Grundgesetz
Letzter Stand:	206. Sitzung am 13.2.2009, 2. Beratung: Ablehnung

17. Wahlperiode (2009–2013)

GG-Art.:	Art. 3
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3 Absatz 3 Satz 1)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 17/88 vom 27.11.2009)
Inhalt:	Sicherung des einfachgesetzlichen Diskriminierungsverbotes betr. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, transsexuelle und intersexuelle Menschen vor dem einfachen Gesetzgeber durch Aufnahme des Diskriminierungsmerkmals der sexuellen Identität in das Grundgesetz; Änderung Art. 3 Grundgesetz.
Letzter Stand:	117. Sitzung am 30.6.2011, 2. Beratung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 3
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3 Absatz 3 Satz 1)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD (BT-Drs. 17/254 vom 15.12.2009)
Inhalt:	Sicherung des einfachgesetzlichen Diskriminierungsverbotes betr. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, transsexuelle und intersexuelle Menschen vor dem einfachen Gesetzgeber durch Aufnahme des Diskriminierungsmerkmals der sexuellen Identität in das Grundgesetz; Änderung Art. 3 Grundgesetz
Letzter Stand:	117. Sitzung am 30.6.2011, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 3
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3 Absatz 3 Satz 1)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 17/472 vom 20.1.2010)
Inhalt:	Sicherung des einfachgesetzlichen Diskriminierungsverbotes betr. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, transsexuelle und intersexuelle Menschen vor dem einfachen Gesetzgeber durch Aufnahme des Diskriminierungsmerkmals der sexuellen Identität in das Grundgesetz; Änderung Art. 3 Grundgesetz
Letzter Stand:	117. Sitzung am 30.6.2011, 2. Beratung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 5
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 5 – Informationszugangsrecht)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 17/9724 vom 25.5.2012)
Inhalt:	Stärkung und Weiterentwicklung des demokratischen Rechtsstaates durch grundgesetzliche Schaffung eines Grundrechtes auf Informationszugang; Änderung Art. 5 Grundgesetz
Letzter Stand:	235. Sitzung am 19.4.2013, 2. Beratung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 6
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Gesetz zur grundgesetzlichen Verankerung von Kinderrechten)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 17/10118 vom 26.6.2012)
Inhalt:	Klarstellung betr. Kinder und Jugendliche als selbständige Träger von Grundrechten: explizite Feststellung der Rechte auf Schutz, Förderung und Beteiligung; Änderung Art. 6 Grundgesetz
Letzter Stand:	212. Sitzung am 30.11.2012, 1. Beratung Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 6
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Ergänzung des Artikels 6 zur Klarstellung der Kinderrechte)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 17/11650 vom 27.11.2012)
Inhalt:	Hervorhebung der Rechtsstellung des Kindes und Betonung seiner subjektiven Rechte, Achtung von Persönlichkeit und wachsender Selbständigkeit in der elterlichen Pflege und Erziehung, Schutz und Förderaufträge an den Staat; Änderung Art. 6 Grundgesetz
Letzter Stand:	212. Sitzung am 30.11.2012, 1. Beratung Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 6
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Gesetz zur Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD (BT-Drs. 17/13223 vom 23.4.2013)
Inhalt:	Stärkung der Kinderrechte durch Festschreibung des Rechtes auf Entwicklung und Entfaltung der Persönlichkeit und des Schutzes vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung, Konkretisierung betr. „Kindeswohl“, altersangemessene Beteiligung in eigenen Angelegenheiten, staatliche Schutzpflichten und Förderauftrag an die Gemeinschaft; redaktionelle Änderung (nichtehelich statt unehelich); Änderung Art. 6 Grundgesetz.
Letzter Stand:	237. Sitzung am 25.4.2013, 1. Beratung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 20a
Titel:	Gesetz zur Aufnahme von Kultur und Sport ins Grundgesetz
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD (BT-Drs. 17/10644 vom 11.9.2012)
Inhalt:	Aufnahme von Schutz und Förderung von Kultur und Sport als Staatszielbestimmung; Änderung Art. 20a Grundgesetz.
Letzter Stand:	244. Sitzung am 7.6.2013, Beratung über Bericht gemäß 62 Abs. 2 GOBT
GG-Art.:	Art. 20a, 143e
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Absicherung des Wiederausstiegs aus der Atomenergie in Artikel 20a)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 17/6302 vom 28.6.2011)
Inhalt:	Absicherung des nach der Atomkatastrophe von Fukushima beschlossenen Atomausstiegs bis 2022 durch Konkretisierung des verfassungsrechtlichen Gebots zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen; Änderung Art. 20a und Einfügung Art. 143e Grundgesetz
Letzter Stand:	117. Sitzung am 30.6.2011, 1. Beratung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 20b, 26, 73, 87c
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Gesetz zur grundgesetzlichen Verankerung des Ausstiegs aus der Atomenergie)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 17/5474 vom 12.4.2011)
Inhalt:	Erklärung der Verfassungswidrigkeit der Atomenergieerzeugung auf Grund des spätestens nach der Kernschmelze im japanischen Fukushima nicht mehr hinnehmbaren Restrisikos, Beendigung des Betriebs bestehender sowie strafbewehrtes Verbot neuer kerntechnischer Anlagen, ausdrückliches Verbot der militärischen Nutzung; Einfügung Art. 20b sowie Änderung Art. 26, 73 und 87c Grundgesetz
Letzter Stand:	117. Sitzung am 30.6.2011, 2. Beratung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (71:461:67)
GG-Art.:	Art. 23
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes - Einführung von Volksabstimmungen bei Neufassung oder Änderungen der vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs.17/11371 vom 7.11.2012)
Inhalt:	Erfordernis einer Volksabstimmung für Verträge zur Änderung des europäischen Primärrechtes oder vergleichbarer Verträge, Bindungswirkung, Wahlberechtigte und Erfolgsquorum, Einzelregelungen durch Bundesgesetz; Änderung Art. 23 Grundgesetz
Letzter Stand:	234. Sitzung am 18.4.2013, 1. Beratung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 28
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 28 Absatz 1)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD (BT-Drs. 17/1047 vom 16.3.2010)
Inhalt:	Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts bei Wahlen und Abstimmungen in Kreisen und Gemeinden für EU-Bürger nach EU-Recht sowie für Ausländer aus Drittstaaten nach Maßgabe des Landesrechts; Änderung Art. 28 Grundgesetz
Letzter Stand:	222. Sitzung am 21.2.2013, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 28
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 28 Absatz 1 – Kommunales Ausländerwahlrecht)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 17/1150 vom 23.3.2010)
Inhalt:	Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts bei Wahlen und Abstimmungen in Kreisen und Gemeinden für EU-Bürger nach EU-Recht sowie für Ausländer aus Drittstaaten nach Maßgabe des Landesrechts; Änderung Art. 28 Grundgesetz.
Letzter Stand:	222. Sitzung am 21.2.2013, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 35, 87a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 35 und 87a)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs.17/11591 vom 20.11.2012)
Inhalt:	Unterbindung möglicher bewaffneter Einsätze von Streitkräften gegen die eigenen Staatsbürger, Klarstellung betr. Amtshilfe im Katastrophenschutz und bei Unglücksfällen durch Verbot des Einsatzes bewaffneter Soldaten sowie der Verwendung militärischer Kampfmittel; Änderung Art. 35 und 87a Grundgesetz
Letzter Stand:	229. Sitzung am 15.3.2013, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 38
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes und zur Reformierung des Wahlgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 17/5896 vom 25.5.2011)
Inhalt:	Grundsatzes der Allgemeinheit der Wahl: Abschaffung der Überhangmandate durch Anrechnung der Direktmandate auf das Zweitstimmenergebnis bereits auf der Bundesebene bei der sog. Oberverteilung, notwendigenfalls Zuerkennung von Überhangmandaten an Parteien mit nur einem Landesverband bei Anhebung der Gesamtmandatszähl zum vollständigen Ausgleich dieser Überhangmandate im Verhältnis der Parteien zueinander durch Ausgleichsmandate; Einführung einer verfassungsgerichtlichen Überprüfbarkeit der Entscheidungen des Bundeswahlausschusses, Abschaffung der Fünfprozentklausel, Ausweitung des aktiven Wahlrechtes auf seit 5 Jahren in Deutschland lebende Ausländer bei allgemeiner Absenkung des Mindestwahlalters auf 16 Jahre, Aufhebung der Regelungen betr. Verlust der Amtsfähigkeit sowie des aktiven und passiven Wahlrechtes, barrierefreier Zugang zu Wahlräumen, Verbot eines Einsatzes von Wahlcomputern; Änderung einzelner §§, Neufassung §§ 4, 6, 7 und 53, Einfügung § 7a sowie Aufhebung §§ 29 und 35 Bundeswahlgesetz sowie Änderung und Aufhebung einzelner §§ in weiteren neun Gesetzen; Änderung Art. 38 Grundgesetz
Letzter Stand:	130. Sitzung am 29.9.2011, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 38
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 38)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 17/13238 vom 24.4.2013)
Inhalt:	Einbeziehung junger Menschen in den politischen Entscheidungsprozess durch Absenkung der Altersgrenze betr. aktives Wahlrecht zum Deutschen Bundestag auf Vollendung des 16. Lebensjahres; Änderung Art. 38 Grundgesetz
Letzter Stand:	250. Sitzung am 27.6.2013, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 74, 92, 95, 96, 97, 98
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes - Herstellung der institutionellen Unabhängigkeit der Justiz
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs.17/11701 vom 28.11.2012)
Inhalt:	Verfassungsrechtliche Umsetzung der umfassenden Reform der Justizstrukturen zur Herstellung einer institutionellen Unabhängigkeit: konkurrierende Gesetzgebungsbefugnis, Überführung der Staatsanwaltschaften aus der Exekutive in die Justiz, Grundsätze der Zuständigkeit und Rechtsstellung von Richtern und Staatsanwälten in Bund und Ländern, Einheitlichkeit der Ämter von Richtern und Staatsanwälten, Berufung durch Richterwahlausschüsse, Regelungen betr. binnendemokratische Selbstverwaltung; Abschaffung der Wehrstrafsenate für den Verteidigungsfall; Änderung Art. 74, 95, 96 und 97 sowie Neufassung Art. 92 und 98 Grundgesetz
Letzter Stand:	250. Sitzung am 27.6.2013, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 76, 77, 79, 82a bis 82d
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung in das Grundgesetz)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 17/1199 vom 24.3.2010)
Inhalt:	Einführung direkter Einflussmöglichkeiten der Bürger auf politische Entscheidungen durch Einführung einer dreistufigen Volksgesetzgebung; Änderung Art. 76, 77 und 79 sowie Einfügung Art. 82a bis 82d Grundgesetz
Letzter Stand:	72. Sitzung am 12.11.2010, 2. Beratung: Ablehnung in namentlicher Abstimmung (61:400:63)

GG-Art.:	Art. 76, 77, 78, 79, 93
Titel:	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes um Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid und Referendum
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD (BT-Drs. 17/13873 vom 11.6.2013)
Inhalt:	Einführung unmittelbarer Bürgerbeteiligung auf Bundesebene durch Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid sowie Referendum zur Aufhebung eines Bundesgesetzes und Parlamentsreferendum; Zulässigkeit von Verfassungsänderungen, Rechtsschutz beim BVerfG; Umsetzung und Änderung Art. 78 alt als Art. 77 Abs. 5, Einfügung Art. 78 neu sowie Änderung Art. 76, 77, 79 und 93 Grundgesetz
Letzter Stand:	247. Sitzung am 14.6.2013, 1. Beratung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 86a, 125d
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 86a und 125d)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der SPD (BT-Drs. 17/182 vom 10.12.2009)
Inhalt:	Neuregelung der Betreuungszuständigkeiten auf dem Gebiete der Grundsicherung für Arbeitsuchende: Zulässigkeit gemeinsamer Einrichtungen von Bund und Ländern bzw. Gemeinden als Anstalten des öffentlichen Rechts durch Einführung einer sog. Mischverwaltung zur Aufrechterhaltung der Betreuung und Leistungserbringung aus einer Hand auch über den 31. Dezember 2010 hinaus sowie Entfristung der Aufgabenwahrnehmung durch die am 31. Dezember 2008 bestehenden zugelassenen kommunalen Träger (Optionskommunen), Kostenübernahme des Bundes; Einfügung Art. 86a und 125d Grundgesetz
Letzter Stand:	12. Sitzung am 17.12.2009, 1. Beratung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 87g, 125d
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes - Ausführung von Bundesgesetzen auf dem Gebiet der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Artikel 87g und 125d)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 17/206 vom 15.12.2009)
Inhalt:	Neuregelung der Betreuungszuständigkeiten auf dem Gebiete der Grundsicherung für Arbeitsuchende: Zulässigkeit gemeinsamer Einrichtungen von Bund und Ländern bzw. Gemeinden als Anstalten des öffentlichen Rechts durch Einführung einer sog. Mischverwaltung zur Aufrechterhaltung der Betreuung und Leistungserbringung aus einer Hand auch über den 31. Dezember 2010 hinaus sowie Entfristung der Aufgabenwahrnehmung durch zugelassene kommunale Träger (Optionskommunen) unter Kostenträgerschaft des Bundes; Einfügung Art. 87g und 125d Grundgesetz
Letzter Stand:	60. Sitzung am 17.9.2010: Rücknahme

GG-Art.:	Art. 91b
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91b)
Initiative:	Regierungsvorlage (BT-Drs. 17/10956 vom 20.7.2012)
Inhalt:	Erweiterung der verfassungsrechtlichen Möglichkeit von Bund und Ländern zur Kooperation im Wissenschaftsbereich im Rahmen einer Gemeinschaftsaufgabe, Ermöglichung einer langfristigen Förderung von Forschungseinrichtungen mit überregionaler Bedeutung unabhängig von ihrer institutionellen Anbindung an eine Hochschule oder an eine außeruniversitäre Einrichtung; Änderung Art. 91b Grundgesetz
Letzter Stand:	198. Sitzung am 18.10.2012, 1. Beratung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 91e
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e)
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen der CDU/CSU, FDP und SPD (BT-Drs. 17/1554 vom 4.5.2010)
Inhalt:	Neuregelung der Betreuungszuständigkeit auf dem Gebiete der Grundsicherung für Arbeitsuchende: Zusammenwirken von Bund und Ländern bzw. Gemeinden in gemeinsamen Einrichtungen als sog. Mischverwaltung zur Aufrechterhaltung der Betreuung und Leistungserbringung aus einer Hand auch über den 31. Dezember 2010 hinaus sowie alleinige Aufgabenwahrnehmung durch eine begrenzte Anzahl von Gemeinden auf Antrag als zugelassene kommunale Träger (Optionskommunen) unter Kostenübernahme des Bundes; Einfügung Art. 91e Grundgesetz
Letzter Stand:	49. Sitzung am 17.6.2010, 2. Beratung; Zusammenführung mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung (BT-Drs. 17/1939; vgl. dazu Kapitel 13.2)

GG-Art.:	Art. 98a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 98a)
Initiative:	Bundratsvorlage (BR-Drs. 48/10, BT-Drs. 17/1210 vom 3.2.2010)
Inhalt:	Reform des Gerichtsvollzieherwesens zur Effektivierung der Zwangsvollstreckung: Schaffung einer eindeutigen verfassungsrechtlichen Grundlage zur Übertragung von Aufgaben der beamteten Gerichtsvollzieher auf Beliehene; Einfügung Art. 98a Grundgesetz
Letzter Stand:	Dem Bundestag zugeleitet, nicht beraten. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.

GG-Art.:	Art. 98a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 98a)
Initiative:	Bundratsvorlage (BR-Drs. 44/10, BT-Drs. 17/1468 vom 3.2.2010)
Inhalt:	Schaffung der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit einer Übertragung von Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit auf Notare als justiznahe Amtsträger durch einen Ausnahmetatbestand zum Funktionsvorbehalt des Art. 33 Abs. 4 GG, Verbleib der rechtsprechenden Gewalt bei Richtern (Art. 92 GG); Einfügung Art. 98a Grundgesetz
Letzter Stand:	234. Sitzung am 18.4.2013, 2. Beratung: Ablehnung

18. Wahlperiode (2013–2017)

GG-Art.:	Art. 1a, 2a, 3a–3e, 3, 9, 12, 16a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Aufnahme sozialer Grundrechte in das Grundgesetz)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 18/10860 vom 17.1.2017)
Inhalt:	Konkretisierung der Sozialstaatlichkeit durch Aufnahme wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Grundrechte: Recht auf soziale Sicherheit und menschenwürdiges Existenzminimum; Kindergrundrechte; Ausweitung des Diskriminierungsverbots auf Alter, sexuelle Identität, gesundheitlichen Zustand und genetische Eigenschaften, Einfügung der Grundrechte auf Arbeit, Wohnung und Versorgung mit Wasser und Energie, Achtung und Schutz der Gesundheit einschließlich Nutzung der Gesundheitsinfrastruktur sowie Bildung; einschränkungsfreies Streikrecht, Verbot von Arbeitszwang und Zwangsarbeit sowie Wiederherstellung des ursprünglichen Grundrechtes auf Asyl unter Anlehnung an die Genfer Flüchtlingskonvention; Einfügung Art. 1a, 2a und 3a bis 3e, Änderung Art. 3, 9 und 12 sowie Neufassung Art. 16a Grundgesetz
Letzter Stand:	234. Sitzung am 18.5.2017, 2. Beratung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 8, 9, 11, 12
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 18/6877 vom 1.12.2015)
Inhalt:	Ausweitung der bislang auf deutsche Staatsangehörige beschränkten Grundrechte der Versammlungsfreiheit, der Vereinigungsfreiheit, der Freizügigkeit sowie der Berufsfreiheit auf Jedermann („alle Menschen“); Änderung Art. 8, 9, 11 und 12 Grundgesetz
Letzter Stand:	176. Sitzung am 9.6.2016, 1. Beratung: Ausschussüberweisung
GG-Art.:	Art. 21
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes zum Zweck des Ausschlusses extremistischer Parteien von der Parteienfinanzierung
Initiative:	Bundesratsvorlage (BR-Drs. 153/17, BT-Drs. 18/12100 vom 26.4.2017)
Inhalt:	Ausschluss verfassungsfeindlicher Parteien von der Parteienfinanzierung; Änderung Art. 21 Grundgesetz – Bezug: Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Januar 2017 zum Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD (2 BvB 1/13) – Begleitgesetz zum Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes zum Zweck des Ausschlusses extremistischer Parteien von der Parteienfinanzierung Änderung durch BR-Beschluss: Streichen nicht erforderlicher Klarstellung betr. Zulässigkeit staatlicher Teilfinanzierung von Parteien, Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts betr. Entscheidung über den Ausschluss von der Parteienfinanzierung; Erneute Änderung Art. 21 Grundgesetz
Letzter Stand:	240. Sitzung am 22.6.2017, 2. u. 3. Beratung: Vorlage für erledigt erklärt

GG-Art.:	Art. 23, 38, 76, 77, 79, 82a–82d, 93
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung in das Grundgesetz) und zur Einführung eines Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheid (Bundesabstimmungsgesetz) und zur Änderung weiterer Gesetze
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 18/825 vom 17.3.2014)
Inhalt:	Einführung direkter Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen durch Einführung einer dreistufigen Volksgesetzgebung, Rechtsschutz beim BVerfG, Erfordernis einer Volksabstimmung für Verträge zur Änderung des europäischen Primärrechts oder vergleichbarer Verträge, Ausweitung des aktiven Wahlrechtes (Absenkung des Alters, Ausländerwahlrecht nach fünf Aufenthaltsjahren); Einzelvorschriften für Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid betr. Organisation und Ablauf, Abschaffung der Aberkennbarkeit des aktiven Wahlrechtes für Straftäter; Änderung Art. 23, 38, 76, 77, 79 und 93 sowie Einfügung Art. 82a bis 82d Grundgesetz; Gesetz über das Verfahren bei Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden (Bundesabstimmungsgesetz - BAbstG) als Art. 4 der Vorlage, Änderung §§ 12 und 13 Bundeswahlgesetz, versch. §§ Strafgesetzbuch, § 6 Jugendgerichtsgesetz sowie § 10 Parteiengesetz, Verordnungsermächtigung
Letzter Stand:	176. Sitzung am 9.6.2016, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 23, 39, 44, 45a, 93
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23, 39, 44, 45a, 93)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 18/838 vom 18.3.2014)
Inhalt:	Zur Wahrung der Kontrollrechte gegen die übergroße Mehrheit einer Großen Koalition dauerhafte Gewährung der grundgesetzlichen Minderheitenrechte an die Gesamtheit der nicht die Bundesregierung tragenden Fraktionen bei gemeinsamer Ausübung unabhängig von bisherigen Quoren; Änderung Art. 23, 39, 44, 45a und 93 Grundgesetz
Letzter Stand:	26. Sitzung am 3.4.2014, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 28
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 28 Absatz 1 – Kommunales Ausländerwahlrecht)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 18/2088 vom 11.7.2014)
Inhalt:	Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts bei Wahlen und Abstimmungen in Kreisen und Gemeinden für EU-Bürger nach EU-Recht sowie für Ausländer aus Drittstaaten nach Maßgabe des Landesrechts; Änderung Art. 28 Grundgesetz
Letzter Stand:	176. Sitzung am 9.6.2016, 1. Beratung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. Art. 28, 38
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes und zur Einführung eines allgemeinen Wahlrechts für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Bundesrepublik Deutschland (Ausländerwahlrechtsgesetz)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 18/3169 vom 12.11.2014)
Inhalt:	Ausweitung des Wahlrechtes auf Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit: aktives Wahlrecht zum Deutschen Bundestag bei fünfjährigem Mindestaufenthalt mit rechtmäßigem Aufenthaltstitel; aktives und passives Wahlrecht bei Wahlen und Abstimmungen auf Landesebene nach Landesrecht sowie bei Wahlen und Abstimmungen in Kreisen und Gemeinden für EU-Bürger nach EU-Recht sowie für Ausländer aus Drittstaaten nach Maßgabe des Landesrechts; Änderung Art. 28 und 38 Grundgesetz sowie § 12 Bundeswahlgesetz und § 6 Europawahlgesetz
Letzter Stand:	176. Sitzung am 9.6.2016, 1. Beratung: Ausschussüberweisung

GG-Art.:	Art. 105
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 105)
Initiative:	Bundesratsvorlage (BR-Drs. 514/16, BT-Drs. 18/10751 vom 21.12.2016)
Inhalt:	Ausdrückliche Übertragung der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz für die Grundsteuer einschl. Bewertungsregelungen an den Bund, Einräumung der Länderkompetenz zur Bestimmung eigener Steuermesszahlen; Änderung Art. 105 Grundgesetz
Letzter Stand:	Dem Bundestag zugeleitet, nicht beraten. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.

19. Wahlperiode (2017–2021)

GG-Art.:	Art. 3
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Änderung des Artikels 3 Absatz 3 - Einfügung des Merkmals sexuelle Identität)
Initiative:	Eingebracht von den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. (BT-Drs. 19/13123 vom 12.9.2019)
Inhalt:	Verfassungsrechtliche Absicherung der Rechtsprechung des BVerfG sowie Übernahme unionsrechtlicher und europäischer Diskriminierungsverbote: Aufnahme des Merkmals der sexuellen Identität in den Katalog spezieller Diskriminierungsverbote; Änderung Art. 3 Grundgesetz
Letzter Stand:	124. Sitzung am 7.11.2019, 1. Beratung: Ausschussüberweisung; 231. Sitzung am 21.5.2021: Beratung über Bericht gem. § 62 Abs. 2 GOBT. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.

GG-Art.:	Art. 3
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Änderung des Artikels 3 Absatz 3 - Streichung des Begriffs Rasse)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 19/20628 vom 1.7.2020)
Inhalt:	Streichung des Begriffs „Rasse“ und Einfügung eines Verbots „rassistischer Benachteiligung“ sowie einer Schutz- und Förderklausel gegen rassistische Diskriminierungen; Änderung Art. 3 Grundgesetz
Letzter Stand:	196. Sitzung am 27.11.2020, 1. Beratung: Ausschussüberweisung; Bericht gem. § 62 Abs. 2 GOBT (BT-Drs. 19/29467 vom 7.5.2021). Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.

GG-Art.:	Art. 3
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3 Absatz 3 - Ersetzung des Wortes Rasse und Ergänzung zum Schutz gegen gruppenbezogene Menschenwürdeverletzungen)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 19/24434 vom 18.11.2020)
Inhalt:	Streichung des Rassebegriffs aufgrund der in dem Wort zum Ausdruck kommenden willkürlichen, auf biologistischen Begründungsmustern oder kulturellen Zuschreibungen beruhende Kategorisierung und Hierarchisierung von Menschen: Ersetzung des Wortes „Rasse“ durch das Wort „rassistisch“ und Einfügung eines staatlichen Schutz- bzw. Handlungsauftrags gegen jede Form gruppenbezogener Anfeindung und Abwertung; Änderung Art. 3 Grundgesetz
Letzter Stand:	196. Sitzung am 27.11.2020, 1. Beratung: Ausschussüberweisung; Bericht gem. § 62 Abs. 2 GOBT (BT-Drs. 19/29466 vom 7.5.2021). Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.

GG-Art.:	Art. 5
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der AfD (BT-Drs. 19/22538 vom 16.9.2020)
Inhalt:	Stärkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung: Anordnung der unmittelbaren Drittwirkung, Ergänzung auf die Rechtsbeziehungen zwischen Privatpersonen im Rahmen eines privaten Dienst- oder eines anderen Machtverhältnisses, Benachteiligungsverbot; Änderung Art. 5 Grundgesetz
Letzter Stand:	176. Sitzung am 17.9.2020, 1. Beratung: Ausschussüberweisung; Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (BT-Drs. 19/29965 vom 20.5.2021): Ablehnungsvorschlag. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.

GG-Art.:	Art. 6
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Ergänzung des Artikels 6 zur Stärkung der Kinderrechte)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 19/10552 vom 3.6.2019)
Inhalt:	Einführung eigenständiger Kindergrundrechte: Gewährleistungspflichten des Staates, Recht auf Erziehung unter Achtung der Persönlichkeit und wachsenden Selbständigkeit sowie auf Förderung und altersgerechter Beteiligung, Maßgeblichkeit des Kindeswohls; redaktionelle Änderung (nichtehelich statt unehelich); Änderung Art. 6 Grundgesetz
Letzter Stand:	104. Sitzung am 6.6.2019, 1. Beratung: Ausschussüberweisung; 221. Sitzung am 15.4.2021: Beratung über Bericht gem. § 62 Abs. 2 GOBT. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.

GG-Art.:	Art. 6
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Verankerung von Kinderrechten)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 19/10622 vom 5.6.2019)
Inhalt:	Einführung eigenständiger Kindergrundrechte: Kindeswohlprinzip, Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche sowie Recht der Entwicklung und Entfaltung einer eigenständigen Persönlichkeit unter altersgerechten Lebensbedingungen, Gewährleistungspflichten des Staates; Änderung Art. 6 Grundgesetz
Letzter Stand:	104. Sitzung am 6.6.2019, 1. Beratung: Ausschussüberweisung. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.
GG-Art.:	Art. 6
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes zur ausdrücklichen Verankerung der Kinderrechte
Initiative:	Regierungsvorlage (BR-Drs. 54/21, BT-Drs. 19/28138 vom 31.3.2021)
Inhalt:	Einführung eigenständiger Kindergrundrechte: Anerkennung der Grundrechtsberechtigung des Kindes einschließlich des Rechts auf Entwicklung zu einer eigenständigen Persönlichkeit, Kindeswohlprinzip, Anspruch auf rechtliches Gehör, Klarstellung zur Erstverantwortung der Eltern; Änderung Art. 6 Grundgesetz
Letzter Stand:	221. Sitzung am 15.4.2021, 1. Beratung: Ausschussüberweisung. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.
GG-Art.:	Art. 6
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes - Artikel 6
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (BT-Drs. 19/28440 vom 13.4.2021)
Inhalt:	Einführung eigenständiger Kindergrundrechte: kinderspezifisches Grundrecht auf Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit, besondere Berücksichtigung des Kindeswohls bei staatlichem Handeln, Anspruch auf rechtliches Gehör bei staatlichen Entscheidungen nach Kindesalter und Reife, Unterbindung einer Ungleichbehandlung aufgrund der rechtlichen Beziehungen der Eltern zueinander; Änderung Art. 6 Grundgesetz
Letzter Stand:	221. Sitzung am 15.4.2021, 1. Beratung: Ausschussüberweisung. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.
GG-Art.:	Art. 8, 9, 11, 12
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes - Grundrechte für alle
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 19/5860 vom 19.11.2018)
Inhalt:	Ausweitung aller Grundrechte auch auf Menschen mit Migrationshintergrund ohne deutsche Staatsangehörigkeit und Geflüchtete: Abschaffung der Beschränkung auf deutsche Staatsangehörige bei den Grundrechten der Versammlungs-, Vereinigungs- und Berufsfreiheit sowie des Grundrechtes auf Freizügigkeit; Änderung Art. 8, 9, 11 und 12 Grundgesetz
Letzter Stand:	101. Sitzung am 16.5.2019, 1. Beratung: Ausschussüberweisung. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.

GG-Art.:	Art. 12
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes - Verankerung des Grundrechts auf menschenwürdige und existenzsichernde Arbeit
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 18/24692 vom 25.11.2020)
Inhalt:	Schaffung eines grundrechtlich garantierten Rechts auf existenzsichernde Arbeit und Ausbildung, Recht auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Vorrang auf Schutz der Arbeitskraft vor dem Schutz wirtschaftlicher Interessen; Änderung Art. 12 Grundgesetz
Letzter Stand:	236. Sitzung am 24.6.2021, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 14
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes zum Schutz der Bargeldnutzung (Artikel 14)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der AfD (BT-Drs. 19/14761 vom 6.11.2019)
Inhalt:	Konkretisierung der Eigentumsgarantie durch Grundrecht auf uneingeschränkte Bargeldnutzung: Verbot der Abschaffung und vollständigen Umstellung auf elektronischen Zahlungsverkehr, Annahmewang insbes. für staatliche Stellen, Verknappungsverbot, Gesetzesvorbehalt; Änderung Art. 14 Grundgesetz
Letzter Stand:	212. Sitzung am 25.2.2021, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 14a
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes - Grundrecht auf Wohnen
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 19/16479 vom 14.1.2020)
Inhalt:	Stärkung einer auf staatliche Gewährleistungspflicht begründeten Eingriffsmöglichkeit in den Immobilienmarkt durch Schaffung eines Rechtsanspruchs auf menschenwürdigen, diskriminierungsfrei zugänglichen und einkommensgerechten Wohnraum, Verbot der Räumung ohne Bereitstellung zumutbaren Ersatzwohnraumes; Einfügung Art. 14a Grundgesetz
Letzter Stand:	235. Sitzung am 23.6.2021, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 16, 74
Titel:	Gesetz zur Verbesserung der Inneren Sicherheit - Verfahrensbeschleunigungsgesetz und verbesserte Eingriffsgrundlagen der Justiz
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der AfD (BT-Drs. 19/5040 vom 16.10.2018)
Inhalt:	Einführung einer Gesetzgebungskompetenz des Bundes für Strafvollzugsrecht und Inkaufnahme von Staatenlosigkeit bei Ausbürgerung; grundlegende Änderungen im Strafrecht (Schuldfähigkeit bei Rauschtaten, Entzug der Aufenthaltslaubnis/Ausweisung als Maßregel der Sicherung und Besserung, Ausweitung der Sicherungsverwahrung, Strafrahmen bei Gewaltdelikten, Einschränkung von Bewährungsstrafen, Anwendungsbeschränkungen im Jugendstrafrecht), im Strafprozessrecht (insbes. Abschaffung der Revision, Ausweitung der Untersuchungshaft, Beschränkung der verbotenen Vernehmungsmethoden auf die gesetzlich ausdrücklich genannten, Abschaffung der Verständigung („Deal“) bei Ausweitung des Strafbefehlsverfahrens, Fristregelungen zur Verfahrensbeschleunigung, Mindestberufserfahrungen für Verfahrensleitungen) und im Strafvollzugsrecht (strafangemessene Sühne als weiteres Vollzugsziel, Beschränkung von Vollzugslockerungen) sowie grundlegende Änderungen im Ausländerrecht zur Erleichterung von Abschiebungen bei fehlendem Bleiberecht oder Straffälligkeit (Präventivhaft bei Gefährdung der Allgemeinheit/öffentlichen Sicherheit, Regelausweisung, Ermessensausweisung und Ausweisungshindernisse, Unterbringung in aufnahmebereitem Drittstaat bei fehlendem Bleiberecht und Abschiebungsverbot) und im Staatsangehörigkeitsrecht (Abschaffung des Ius soli, Berücksichtigung straffälliger Familienmitglieder bei der Einbürgerungsentscheidung, weitere Einbürgerungsvoraussetzungen, Verlust der Staatsangehörigkeit); Einschränkung von Grundrechten betr. Freiheit der Person; Änderung Art. 16 und 74 Grundgesetz, Einfügung, Neufassung, Aufhebung einzelner sowie Änderung zahlr. §§ Strafgesetzbuch, Strafprozessordnung, Strafvollzugsgesetz, Jugendgerichtsgesetz, Aufenthaltsgesetz und Staatsangehörigkeitsgesetz sowie weiterer 5 Gesetze
Letzter Stand:	235. Sitzung am 23.6.2021, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 17a, 20, 65a, 76, 77, 78, 79
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland - Direkte Demokratie Einführungsgesetz
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der AfD (BT-Drs. 19/12371 vom 13.8.2019)
Inhalt:	Einführung von Plebisziten als politische Grundrechte; Änderung Art. 77, 78, 79 sowie Einfügung Art. 17a, 65a Grundgesetz
Letzter Stand:	Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.

GG-Art.:	Art. 18, 100
Titel:	Vierundsechzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Gesetz zur Erweiterung der Verwirkungsregelung des Artikels 18 des Grundgesetzes um die ungestörte Religionsausübung des Artikels 4 Absatz 2 des Grundgesetzes)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der AfD (BT-Drs. 19/4484 vom 24.9.2018)
Inhalt:	Schutz des Staates vor sich auf das Recht der freien Religionsausübung berufenden verfassungsfeindlichen Bestrebungen und grundgesetzwidrigen religiösen Praktiken: Aufnahme der Freiheit der ungestörten Religionsausübung (Art. 4) in den Katalog der durch das BVerfG als verwirkelt erklärbaren Grundrechte, Ausweitung der Antragsteller um Gerichte und Einführung einer Vorlagepflicht für Gerichte; Änderung Art. 18 und 100 Grundgesetz sowie Änderung § 36 Bundesverfassungsgerichtsgesetz
Letzter Stand:	158. Sitzung am 7.5.2020, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 20, 62a, 75, 77, 78, 79, 93
Titel:	Gesetz zur Einführung der Direkten Demokratie auf Bundesebene
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der AfD (BT-Drs. 19/26906 vom 24.2.2021)
Inhalt:	Einführung von Plebisziten auf Bundesebene; Änderung Art. 20, 75, 77, 78, 79, 93 sowie Einfügung Art. 62a und Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes
Letzter Stand:	213. Sitzung am 26.2.2021, 1. Beratung: Ausschussüberweisung; Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres und Heimat (BT-Drs. 19/29594 vom 9.5.2021): Ablehnungsvorschlag. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.

GG-Art.:	Art. 20a, 74, 106, 143h
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 20a, 74, 106, 143h - Stärkung des Klimaschutzes)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 19/4522 vom 25.9.2018)
Inhalt:	Klarstellung der Verbindlichkeit internationaler Zielvorgaben bei der Erfüllung der Schutzpflicht (Festlegung des „materiellen Umweltstandards“ auf das „Unter-Zwei-Grad-Ziel“ nach jetzigem Stand des Völkerrechts im Pariser Abkommen), umfassende Gesetzgebungsbefugnis für den Bund im Bereich des Klimaschutzes sowie klarere Befugnis im fiskalischen Bereich betr. Verbrauchssteuern, verfassungsrechtliche Sicherung des bestehenden Konsenses des nach der Atomkatastrophe von Fukushima beschlossenen Ausstiegs aus der Atomenergie; Änderung Art. 20a, 74 und 106 sowie Einfügung Art. 143h Grundgesetz
Letzter Stand:	108. Sitzung am 28.6.2019, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 22
Titel:	Dreiundsechzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Gesetz zur Festschreibung der deutschen Sprache als Landessprache)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der AfD (BT-Drs. 19/951 vom 27.2.2018)
Inhalt:	Hervorhebung der Bedeutung der deutschen Sprache für das politische und gesellschaftliche Zusammenleben und Schutz gegen die Verdrängung durch Einfügung einer Bestimmung zur Festlegung von Deutsch als Landessprache; Änderung Art. 22 Grundgesetz
Letzter Stand:	18. Sitzung am 2.3.2018, 1. Beratung: Ausschussüberweisung; Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres und Heimat (BT-Drs. 19/7968) vom 21.2.2019; Ablehnungsvorschlag. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.
GG-Art.:	Art. 23, 38, 76, 77, 79, 82a bis 82d
Titel:	Gesetz zur Stärkung der direkten Demokratie im Grundgesetz
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 19/16 vom 24.10.2017)
Inhalt:	Einführung direktdemokratischer Entscheidungen durch Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid, Organisation und Ablauf, Rechtsschutz beim BVerfG, Erfordernis einer Volksabstimmung für Verträge zur Änderung des europäischen Primärrechts oder vergleichbarer Verträge, Ausweitung des aktiven Wahlrechtes (Absenkung des Alters, Ausländerwahlrecht nach 5 Aufenthaltsjahren); Änderung Art. 23, 38, 76, 77 und 79 sowie Einfügung Art. 82a bis 82d Grundgesetz Bezug: Wiedervorlage des grundgesetzändernden Teils des Gesetzentwurfs auf (BT-Drs. 18/825) in geänderter Fassung
Letzter Stand:	39. Sitzung am 14.6.2018, 1. Beratung: Ausschussüberweisung; Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres und Heimat (BT-Drs. 19/22743 vom 22.9.2020): Ablehnungsvorschlag. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.
GG-Art.:	Art. 38
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 38)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 19/13512 vom 24.9.2019)
Inhalt:	Stärkung der Teilhabe Jugendlicher am demokratischen Prozess durch verfassungsunmittelbare Absenkung des Mindestalters für das aktive Wahlrecht zum Deutschen Bundestag auf Vollendung des 16. Lebensjahres; Änderung Art. 38 Grundgesetz
Letzter Stand:	231. Sitzung am 21.5.2021, 2. Beratung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 38
Titel:	Gesetz zur Anpassung des aktiven Wahlrechts (Wahlalteranpassungsgesetz)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der FDP (BT-Drs. 19/23687 vom 27.10.2020)
Inhalt:	Stärkung der politischen Partizipation Jugendlicher: Absenkung der Wahlaltersgrenzen für Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament auf Vollendung des 16. Lebensjahres; Inkrafttreten ohne Übergangsregelungen (damit vor der Bundestagswahl 2021); Änderung Art. 38 Grundgesetz sowie Änderung § 12 Bundeswahlgesetz und § 6 Europawahlgesetz
Letzter Stand:	231. Sitzung am 21.5.2021, 2. Beratung: Ablehnung

GG-Art.:	Art. 46
Titel:	Gesetz zur Verbesserung der Strafverfolgung von Mitgliedern des Deutschen Bundestages
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der AfD (BT-Drs. 19/9967 vom 8.5.2019)
Inhalt:	Umkehrung der Immunitätsregeln: Zulässigkeit von Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Bundestagsabgeordnete bis zu einem entgegnetretenden Beschluss des Bundestages, Beibehaltung der Notwendigkeit einer Vorabgenehmigung bei Anordnung von Untersuchungshaft oder Durchsuchungen; Änderung Art. 46 Grundgesetz, Folgeänderung § 78b Strafgesetzbuch
Letzter Stand:	98. Sitzung am 9.5.2019, 1. Beratung: Ausschussüberweisung; Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (BT-Drs. 19/14231 vom 18.10.2019): Ablehnungsvorschlag. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.

GG-Art.:	Art. 54
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Gesetz zur Einführung der Direktwahl des Bundespräsidenten)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der AfD (BT-Drs. 19/25417 vom 17.12.2020)
Inhalt:	Wahl des Bundespräsidenten in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl, Vorschlagsberechtigte und Wahlverfahren, Abschaffung der gegenstandslos gewordenen Bundesversammlung; Änderung Art. 54 Grundgesetz, Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung als Art. 2 der Vorlage
Letzter Stand:	Nicht beraten. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.

GG-Art.:	Art. 61, 63a, 64a
Titel:	Gesetz zur Stärkung der Kontrollrechte der Mitglieder des Bundestages und des Bundesrates gegenüber den Mitgliedern der Bundesregierung und dem Bundespräsidenten
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der AfD (BT-Drs. 19/22548 vom 16.9.2020)
Inhalt:	Stärkung der Kontrollrechte des Bundestages durch Einführung von Anklagemöglichkeiten gegen Bundeskanzler und Bundesminister; Änderung Art. 61 sowie Einfügung Art. 63a, 64a; Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes
Letzter Stand:	176. Sitzung am 17.9.2020, Ausschussüberweisung; Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres und Heimat (BT-Drs. 19/27014 vom 25.2.2021): Ablehnungsvorschlag. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.

GG-Art.:	Art. 63
Titel:	Dreiundsechzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Gesetz zur Begrenzung der Amtszeit des Bundeskanzlers)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der AfD (BT-Drs. 19/8275 vom 12.3.2019)
Inhalt:	Verhinderung einer Machtmonopolisierung durch Zulässigkeit nur einer Wiederwahl, keine Berücksichtigung von erstmaliger Amtsübernahme durch Misstrauensvotum oder nach gescheiterter Vertrauensfrage; Änderung Art. 63 Grundgesetz
Letzter Stand:	235. Sitzung am 23.6.2021, 2. Beratung: Ablehnung der Vorlage

GG-Art.:	Art. 63, 64
Titel:	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der AfD (BT-Drs. 19/22544 vom 16.9.2020)
Inhalt:	20 Jahre deutsche Staatsangehörigkeit als Voraussetzung für die Wahl zum Bundeskanzler und des Bundesminister; Änderung Art. 63, 64
Letzter Stand:	176. Sitzung am 17.9.2020, Ausschussüberweisung; Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (BT-Drs. 19/28082 vom 29.3.2021): Ablehnungsvorschlag. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.

GG-Art.:	Art. 72, 105, 125b
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 72, 105 und 125b)
Initiative:	Regierungsvorlage (BR-Drs. 327/19, BT-Drs. 19/13454 vom 23.9.2019)
Inhalt:	Uneingeschränkte konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Neuregelung des Grundsteuer- und Bewertungsrechts bei gleichzeitiger Ermächtigung der Länder zu abweichenden landesrechtlichen Regelungen; Änderung Artikel 72, 105 und 125b Grundgesetz
Letzter Stand:	119. Sitzung am 18.10.2019: 2. Beratung: Vorlage für erledigt erklärt [textidentisch mit dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD (BT-Drs. 19/11084); vgl. dazu Kapitel 13.2)]

GG-Art.:	Art. 73
Titel:	Gesetz zur Stärkung der Verfassungsmäßigkeit und Rechtsstaatlichkeit im Bundesverfassungsschutzgesetz
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der AfD (BT-Drs. 19/30406 vom 9.6.2021)
Inhalt:	Verpflichtung zum Prinzip der Verfassungsmäßigkeit und der Rechtsstaatlichkeit bezüglich des Bundesverfassungsschutzgesetzes; Änderung Art. 73 Grundgesetz und des Bundesverfassungsschutzgesetzes
Letzter Stand:	233. Sitzung am 10.6.2021, 1. Beratung: Ausschussüberweisung; Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres und Heimat (BT-Drs. 19/31061 vom 23.6.2021): Ablehnungsvorschlag. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.

GG-Art.:	Art. 74
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes zur Rückführung des Strafvollzugs in die Bundeszuständigkeit (Grundgesetz Artikel 74)
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der AfD (BT-Drs. 19/29301 vom 5.5.2021)
Inhalt:	Wiederherstellung der Rechtseinheit im Bereich des Strafvollzugs durch Rückverlagerung der im Zuge der Föderalismusreform 2006 abgegebenen Gesetzgebungskompetenz des Bundes; Änderung Art. 74 Grundgesetz
Letzter Stand:	227. Sitzung am 6.5.2021, 1. Beratung: Ausschussüberweisung. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.

GG-Art.:	Art. 93, 96e bis 96h
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes und des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes - Einführung eines Verfahrens zur rechtlichen Überprüfung von Beschlüssen des Deutschen Bundestages und Eilentscheidungen der Bundesregierung zur Entsendung der Bundeswehr ins Ausland
Initiative:	Eingebracht von Fraktion DIE LINKE. (BT-Drs. 19/22726 vom 22.9.2020)
Inhalt:	Verankerung eines verfassungsgerichtlichen Verfahrens zur Überprüfung von Entscheidungen über den Auslandseinsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte; Änderung Art. 93 Grundgesetz sowie Einfügung §§ 96e bis 96h und Änderung § 13 Bundesverfassungsgerichtsgesetz
Letzter Stand:	228. Sitzung am 7.5.2021, 2. Beratung: Ablehnung
GG-Art.:	Art. 94, 95, 98
Titel:	Gesetz zur Entpolitisierung der Justiz und Sicherheitsbehörden
Initiative:	Eingebracht von der Fraktion der AfD (BT-Drs. 19/6022 vom 26.11.2018)
Inhalt:	Stärkung des Vertrauens in den Rechtsstaat: Wahl der Richter am Bundesverfassungsgericht, an den obersten Bundesgerichten sowie des Generalbundesanwalts (GBA) durch einen mit Richtern dieser Gerichte und Vertretern des GBA besetzten Richterwahlausschuss, Wahl der Richter an den Obergerichten der Länder durch entsprechende Ausschüsse, Qualifikationsanforderungen, Anhebung der Anzahl von Berufsrichtern am BVerfG; Aufhebung der Weisungsbindung von GBA und ersten Beamten der Staatsanwaltschaften; Beschränkung des Kreises politischer Beamter (Wegfall für Leitungsposten in Sicherheitsbehörden, Bundeswehr und Auswärtigem Dienst); Änderung Art. 94, 95 und 98 Grundgesetz; Änderung §§ 2, 3, 5, 6, 7a und 8 sowie Aufhebung §§ 7 und 9 Bundesverfassungsgerichtsgesetz, Änderung einzelner §§ Richterwahlgesetz, Neufassung §§ 147 und 149 Gerichtsverfassungsgesetz sowie § 54 Bundesbeamtengesetz
Letzter Stand:	68. Sitzung am 29.11.2018, 1. Beratung: Ausschussüberweisung; Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (BT-Drs. 19/29964 vom 20.5.2021): Ablehnungsvorschlag. Erledigt durch Ablauf der Wahlperiode.
GG-Art.:	Art. 104a, 143h
Titel:	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104a und 143h)
Initiative:	Regierungsvorlage (BR-Drs. 363/20, BT-Drs. 19/21752 vom 19.8.2020)
Inhalt:	Finanzielle Entlastung der Kommunen ab 2020 durch dauerhaft höhere Beteiligung des Bundes an den Hartz-IV-Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie einmalige gezielte Hilfe anlässlich der COVID-19-Pandemie durch eine Ausnahmeregelung zur hälftigen Beteiligung an Entlastungsmaßnahmen der Länder zum kurzfristigen pauschalen Ausgleich massiver Gewerbesteuermindereinnahmen; Änderung Art. 104a sowie Einfügung Art. 143h
Letzter Stand:	176. Sitzung am 17.9.2020, 2. Beratung: Vorlage für erledigt erklärt [textidentisch mit dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD (BT-Drs. 19/29595); vgl. dazu Kapitel 13.2)]

Quelle: Deutscher Bundestag, Referat Parlamentsdokumentation ; DIP – Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge

□ Angaben für den Zeitraum bis 1990 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 14.4.